

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorstellungen ausgeschlossen. ♦ Postkassen-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

An alle Mitglieder!

In der nächsten Woche sind die Betriebsratswahlen im Bergbau. Da gilt es, den Listen unseres Verbandes den Sieg zu sichern.

Deshalb: Müht die letzten Tage zur Agitation!

Keiner darf abseits stehen! Auf der Arbeitsstelle, auf dem Arbeitswege, zu Hause, kurz überall, wo ihr mit euren Arbeitsbrüdern zusammen seid, muß geworben werden.

Die Parole heißt:

Gegen die Zersplitterer der Arbeiterfront auf den kommunistischen Listen — gegen die Söldner der Zehnerherren auf den nationalsozialistischen!

Alle Stimmen den Kandidaten des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Um Arbeitszeit und Lohn.

Die Forderungen des ADGB.

P. Z. Die Zeit drängt! Oder vielleicht besser: die Not drängt! Die Not, die auf den Türschwellen und Fensterbänken des deutschen Volkes sitzt und grinst. Grinst, weil es dem deutschen Volke immer noch nicht gelungen ist, sie zu vertreiben.

Es fehlt an Mut zur befreienden Tat! „Man“ debattiert und beteuert, stellt fest, konstatiert, versichert der Welt sein Verantwortungsbewußtsein, daß man erschreckt vor den Tatsachen stehe, daß etwas gemacht werden müsse, daß schließlich vor politischen Eingriffen nicht zurückgeschreckt werden könne und — wartet ab, welche Folgen solche „beachtenswerten Worte von Männern an verantwortungreichster Stelle“ zeitigen werden.

So wenigstens sind wir es gewohnt von der derzeitigen Regierung unter der „starken“ Führung Brüning's. Wir gestehen offen: Worin diese Stärke besteht, ist uns nicht ganz klar. Man hat Leute, die hier von einer Stärke reden schon deshalb, weil Brüning den Mut und das Zeug hätte, sich in dieser wirtschaftlichen und politischen Krisenzeit im Sattel zu halten und „trotz aller Schwierigkeiten“ zu regieren.

Kunststück — wo zur Zeit ja gar keine andere republikanische Regierung möglich ist. Unter solchen Bedingungen „trotz ungeheurer Schwierigkeiten“ die Regierungszügel in der Hand zu halten, kann deshalb von uns noch keineswegs als Verdienst oder gar als Beweis besonderer Eigenschaft und Stärke gewertet werden.

Nicht trotz größter Krisennot zu regieren ist, worauf es ankommt, sondern die Krisennot wegzuregieren. Das gilt in erster Linie bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Not. Was wir auf diesem Gebiete bisher am Regieren des Kabinetts Brüning beobachtet haben, schien gerade aufs Gegenteil zugespitzt zu sein, ob mit Absicht oder nicht, steht dabei gar nicht zur Debatte. Die realen Tatsachen aber bestätigen unsere Behauptung.

Die Arbeitslosigkeit wuchs von Woche zu Woche, ebenfalls Kurzarbeit und Feiertagschichten, weil das Geschäft immer flauer wurde, der Absatz immer mehr ins Stocken kam und die Beschäftigungsmöglichkeit sich immer mehr verringerte.

Was tut die „starke“ Regierung Brüning? Sie kürzt die Löhne und schmälert damit die Kaufkraft und den Absatz sowie die Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeit noch mehr. Sie versucht die Arbeitslosigkeit zu mildern und zu beseitigen dadurch, daß sie, über ihre Schlichtungspolitik, die Arbeitszeit statt zu kürzen und so die Arbeitsmöglichkeit auf eine größere Arbeiterzahl zu verteilen, an manchen Stellen gar noch verlängern läßt. Das sind „Laten“, gewiß; das sind sogar „starke“ Laten, leider nur zu stark, so daß man schon fast von „Pferdekuren“ sprechen muß, die hier versucht wurden. Und der Erfolg ist ja auch danach!

Fünf Millionen Arbeitslose zählen wir jetzt, Mitte März. Damit ist unsere Prophezeiung vom Herbst 1930 an dieser Stelle hundertprozentig eingetroffen. Wir haben diese fünf Millionen für Februar vorausgesagt zu einer Zeit, in der die Regierung noch mit drei bis dreieinhalb Millionen im Höchsthalle glaubte rechnen zu können. Und wir hatten unsere Prophezeiung gestützt gerade im Hinblick auf die oben gezeichnete Politik der Regierung. Es konnte eben kein anderes Resultat am Ende stehen.

Hoffentlich hat die Regierung etwas aus dieser Folgewirkung ihrer Politik gelernt. Es müßte zur Katastrophe kommen, wenn sie dieselbe weitertreiben wollte. Man überlege nur, daß die Arbeitslosenversicherung nur auf der Versorgung (im Rahmen der bestehenden Unterstützungssätze) von rund 1,7 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt aufgebaut ist. Tatsächlich aber werden wir im Laufe des Jahres (nach Lage der ganzen Konjunkturverhältnisse) kaum unter die Zahl von vier Millionen Erwerbslosen kommen. Was das bedeutet, darüber dürfte sich jeder klar sein bei der Ueberlegung, daß damit auf vorerst unübersehbare Zeit durchschnittlich rund zehn bis zwölf Millionen Deutsche aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden müssen, ohne die von der Arbeitslosenversicherung betreuten.

Man wird uns also zustimmen, wenn wir sagen, daß die Zeit und die Not drängt. Im Bewußtsein dieser Tatsache ist der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund schon seit Monaten intensiv damit beschäftigt, wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Verwirklichung zu bringen. Zu

diesem Zwecke fand auch am 11. März wieder eine Bundesausschussführung statt, die erneut ihre Forderungen zur Ueberwindung der großen Krisennot in zwei Entschlüssen figiert. Nun geht es darum, diesen Forderungen Geltung zu verschaffen. In erster Linie ist das zu erreichen, wenn sich die Arbeiterschaft geschlossen hinter ihre Führer stellt und damit beweist, daß diese Forderungen der Gewerkschaften auch die Forderungen der Arbeiter selbst sind.

Daneben ist es zu begrüßen, daß an dieser Ausschussführung auch der Vorsitzende der Sozialdemokratie, Otto Weiskopf, teilnahm. Damit ist bewiesen, daß die Forderungen der Gewerkschaften auch der parlamentarischen Unterstützung der großen Sozialdemokratischen Partei versichert sein können. Wir hoffen, daß sich diese Hoffnung bald gerechtfertigt findet durch entsprechende Gesetzesanträge und parlamentarische Vorstöße.

Ist es so weit, dann erst wird die Regierung auch uns beweisen können, ob sie eine wirklich starke, zur Ueberwindung der Krise tatbereite ist. Hier darf es aber nicht langes Zögern geben. Der alte, von den Unternehmern gewünschte und von der Regierung willfährig gesteuerte Kurs hat immer tiefer ins Verderben geführt, so daß ihr keine andere Wahl bleibt, als nun den von den Gewerkschaften gezeichneten Weg zu steuern, der zur Zeit der einzige richtige ist, wie nachstehende Entschlüsse beweisen, die in der vorgenannten Bundesausschussführung des ADGB zur Annahme gelangten:

I.

Zur Verkürzung der Arbeitszeit.

„Der Bundesausschuss erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einziges sofort wirksames Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit größerem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten. Der Bundesausschuss erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1930 die sofortige Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit einem allgemeinen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Einzelbetrieben praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt.“

Indem der Bundesausschuss wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Erwerbslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitsgelegenheit selbst bei besserer Konjunktur auf alle Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.

Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuss schärfsten Protest dagegen, daß bis in die jüngste Zeit durch die staatlichen Schlichtungsstellen Schlichtsprüche gefällt und zwangsweise durchgeführt werden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben. Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmäßige Arbeitswoche auf fünf Tage oder auf 40 Stunden beschränkt.“

II.

Zur Lohnfrage.

„Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schrecklichen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesehen wurden. Die Arbeitslosigkeit ist gerade infolge der Kaufkraftverminderung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden und die Forderung der Gewerkschaften nach Erhaltung des Lohnniveaus liegt deshalb nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung fließen unmittelbar und reiflos in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Existenzen weiter Kreise der Handels- und Gewerbetreibenden. Der Bundesausschuss erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert deshalb sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen dem Recht der Arbeiterschaft gegenüber dem rückwärtsgehenden Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.“

Die 40stündige Arbeitswoche.

Das Gebot der Stunde.

Der Reichstag ist jetzt wieder beisammen. Es ist äußerst dringend, daß er nicht abermals auseinandergeht, ohne seinen Teil zur Milderung der Arbeitslosigkeit beigetragen zu haben. Wir haben jetzt fünf Millionen Arbeitslose und vielleicht anderthalb Millionen Kurzarbeiter, deren Los sich geldlich kaum von dem ihrer ganz erwerbslosen Genossen unterscheidet. Die Not der ganz und halb Erwerbslosen schreit zum Himmel; ihre Entbehrungsfähigkeit ist dem Ende nahe. Die Schärfe der politischen und sozialen Spannung wie die steigende Zahl der Morde und Selbstmorde bezeugen das zur Genüge. Diese Uebel werden weiter zunehmen, wenn nicht das große Uebel, die Arbeitslosigkeit, irgendwie gemildert wird. Ein noch weiteres Zuwarten muß sich schwer rächen. Irgendwelcher Optimismus ist hier ganz unangebracht. Und von der Vertröstung, daß die Entwicklung das große Uebel allgemach wieder abwenden werde, wird niemand überzeugt und keiner satt. Es ist höchste Zeit, daß in Sachen der Arbeitslosigkeit von der Leibform in die Tätigkeitsform übergegangen wird.

Woher sollte die Besserung kommen? Vor einem oder zwei Jahren konnte man noch an den Silberstreifen am Wirtschaftshimmel glauben. Aber heute reicht dazu selbst biblische Glaubensstärke nicht mehr aus. Jeder neue Tag zerstört sie von neuem. Vor ein paar Monaten tat die deutsche Reichsregierung kund und zu wissen, daß sie durch Senkung der Preise die Wirtschaft wieder ankurbeln werde. Die Preise sind nun zwar, allerdings ohne Zutun der Regierung, gesunken, aber noch mehr sind, durch ebendieselbe Regierung eifrig gefördert, die Löhne und damit die Massenkaufrkraft gesunken, so daß die Wirtschaft noch zerkurbelter dasteht. Die Zahl der ganz und halb erwerbslosen Arbeiter ist unausgesetzt himmelwärts geschwollen, und sie wird darin fortfahren. Um dies voranzuführen, bedarf es keinerlei Prophetengabe, sondern nur einer Betrachtung der einlaufenden Stilllegungsanzeigen und der von Unternehmern und amtlichen Schlichtern berückermäßig betriebenen Lohnkürzung.

Unternehmer und Regierungen samt ihrem Anhang wissen kein anderes Mittel gegen die Wirtschaftskrise als eben die Lohnkürzung. Es ist für sie das bequemste, die Wirkungen der kapitalistischen Mißwirtschaft auf das arbeitende Volk abzuleiten. Es kümmert sie nicht, wenn dadurch Millionen fleißiger Menschen unter die Hungergrenze geworfen werden. Wenn nur der Kapitalistenklasse ein „angemessener Profit“ gesichert wird, so ist das Gewissen der Oberschicht befriedigt, und sie setzt ihr wahnwitziges Tun munter fort. In der Tat.

Die erste Lohnabbauwelle ist kaum zu Ende, und schon beginnt die zweite, und zwar in der Schwerindustrie. Ihr ist vor erst sieben Monaten ein Lohnabzug von 7,5 Prozent zugesprochen worden. Daran hat sie nicht genug. Jetzt fordert sie einen weiteren Lohnabzug, und den gleich um 20 Prozent. Dem steht freilich der Tarifvertrag entgegen. Aber wo hätte sich die Schwerindustrie je um Tarifrecht und Gesetz gekümmert? Ihr ist es ja bei diesem Griff in die Lohnkassette die Verkümmern des Tarifrechtes zu tun. Das kann nicht deutlich genug hervorgehoben werden. Wo um dermaßen Wichtiges gewürfelt wird, können sich die „Herren im eigenen Hause“ nicht von Strupeln hemmen lassen. Als die Gewerkschaften die Forderung, freiwillig auf 20 Prozent des Lohnes der in Frage kommenden Belegschaft (Rheinisch-Westfälischer Ruhrort-Bezirk) zu verzichten, einstimmig abgelehnt hatten, wurde darüber eine Urabstimmung der Belegschaft verlangt. Als auch diese die Forderung durch eine Zweidrittelmehrheit zurückgewiesen hatte, machte sich der Agent des Stahltrusts, der Duisburger Bürgermeister J a r r e s, angeblich von der Sorge um seine Stadtkasse bewegt, auf die Strümpfe und veranstaltete seinerseits noch eine (schriftliche) Abstimmung. Damit sich wenigstens diesmal eine Mehrheit ergab, schickte er die (frankierten) Abstimmungsarten gleich auch an Tausende von Leuten, die von andern Hüttenwerken schon vor Monaten entlassen worden sind.

Bei der maßgebenden Bedeutung der Schwerindustrie für das gesamte deutsche Unternehmertum kann es keinen Zweifel geben, daß das, was man jetzt mit den 6000 Leuten des Rheinisch-Westfälischen Stahltrusts, bald von der Unternehmerschaft der anderen Gewerbe nachgemacht werden wird. Anders ausgedrückt,

die zweite Lohnabbauwelle

hat eingesetzt und dürfte bald reichsweit werden. Was daraus folgt, liegt auf der Hand: eine weitere Vernichtung der Kaufkraft und eine noch ärgere Arbeitslosigkeit! Und mit der noch ärgeren Arbeitslosigkeit muß der Druck von außen auf die noch beschäftigten Leute zunehmen, muß ihre Widerstandskraft erlahmen, ihre Verzeiwung wachsen. Kurz müssen die Voraussetzungen für den großen Plan der Reaktion sich vollends erfüllen.

Irgendwie muß der unheilvolle Kreislauf: Lohnkürzung — Arbeitslosigkeit, ärgere Lohnkürzung — schlimmere Arbeitslosigkeit, durchbrochen werden. Es gibt dafür verschiedene Mittel, die wirksamsten liegen indes jenseits des Rahmens der kapitalistischen Gesellschaft. Wir wollen uns jetzt nur mit dem einfachsten und nächstliegenden befassen, mit dem, das bei den vorhandenen Machtverhältnissen durchgesetzt werden kann, mit der 40stündigen Arbeitswoche.

Ob man die allgemeine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden mehr oder weniger günstig für den Arbeitsmarkt hält, ob dadurch eine Million, eine halbe Million oder gar keine Leute fröhlich in Beschäftigung gebracht werden, sie ist den noch eine unbedingte Notwendigkeit. Denn wenn sie nur die Zunahme der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unterbindet, ist schon viel gewonnen. Wahrscheinlich aber wird sie viele Hunderttausende wieder in Beschäftigung bringen, weil der Großteil der noch tätigen Arbeiter immerhin 48 Stunden schafft, und in den Berichten der Gewerkschaftsbeamten ist nachzulesen, wie tausendfach noch 50, 52, 54 und noch mehr Stunden wöchentlich geschafft wird. Die Herabsetzung dieser unzeitgemäß langen Arbeitszeit muß starken Haufen Unbeschäftigter wieder Stellung und Verdienst, und damit wieder Lebensmut beschaffen. Das wäre ein in jedem Betracht gewaltiger Vorteil.

Aber außer dem unmittelbaren Vorteil ist es noch ein anderer, nicht weniger wichtiger, der die gesetzlich begrenzte

Arbeitszeit erfordert. Man vergesse nicht, daß trotz der Geschäftsklaute die Hirne der Techniker und Erfinder nicht stillstehen. In allen Ländern und Gewerben wird fleißiger denn je nach Verbilligung der Produktion, das heißt, nach Ueberflüssigmachung der Arbeiter durch Maschinen und bessere Arbeitsweisen gesucht. Ihre praktische Anwendung wird überall dort sofort einsetzen, wo sich eine geschäftliche Belegung, ein zunehmender Absatz, gewinnverheißende Aussicht für die neuen Erfindungen aufstern. Ist nun die Arbeitszeit nicht gesetzlich nach oben begrenzt, so wird sich diese geschäftliche Belegung auf dem Arbeitsmarkt nicht bemerkbar machen. Man wird mit den noch vorhandenen Kräften auszukommen versuchen, man wird die Arbeitszeit auf 48 Stunden ausdehnen und, wenn auch nur vorübergehend, sich mit Ueberstunden helfen. Die Masse der Arbeitslosen wird dann gleich bleiben. Dem muß vorgebeugt werden. Denn wenn selbst bei einer teilweisen oder allgemeinen Zunahme der Aufträge die industrielle Reservearmee nicht abnimmt, wird deren Druck auf die Arbeitsbedingungen ungeschwächt anhalten. Den Gewerkschaften wird es unter diesen Umständen schwer, nein unmöglich sein, die Lohnkürzungen, die sie jetzt erlitten haben, wieder auszugleichen. Der Erfolg der künftigen Lohnkämpfe der Gewerkschaften wird in Frage gestellt, wenn heute nicht die Arbeitszeit geziemend herabgesetzt und nach oben gesetzlich fest-

gelegt wird. Dies kann von einer vorausschauenden Gewerkschaftspolitik nicht ernst genug genommen werden.

An der Frage des Lohnausgleichs darf die gesetzliche 40stündige Arbeitswoche nicht scheitern. Selbstverständlich sind zu seiner Erlangung alle Kräfte einzusetzen, und er wird auch in vielen Gewerben und Betrieben erreicht werden. Man kann allerdings den noch Beschäftigten nicht gut einen weiteren Lohnverzicht zumuten, nachdem sie schon zum Teil erhebliche Lohnkürzungen erlitten. Allein, die noch in der Werkstatt stehenden Arbeiter dürfen nicht außer acht lassen, daß, wenn es nicht gelingt, den obenerwähnten fehlerhaften Kreislauf irgendwie und bald zu stören, daß auch sie über kurz oder lang die Arbeit ganz verlieren, oder daß sie dank der zunehmenden Arbeitslosigkeit, des Drucks von außen, sich mit einem nicht geringeren Lohnverzicht bei der jetzigen oder einer noch längeren Arbeitszeit abfinden werden müssen.

Wie immer man die Frage der gesetzlichen vierzigstündigen Arbeitswoche betrachtet, es ist nichts zu finden, das gegen sie spräche. Alle Erwägungen und Tatsachen sprechen für sie. Grund genug, für ihre Erreichung alle Kräfte und Willen mobil zu machen. Der Antrieb muß von den Nächstbeteiligten, von den Gewerkschaften ausgehen. Die gesetzliche Festlegung muß von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erstrebt, vollbracht werden. Es ist von ihr zu erwarten, daß sie diese Session des Reichstages nicht für die große Unerläßlichkeit unbenutzt vorübergehen läßt. Es ist allerhöchste Zeit, daß sich nun endlich die Gesetzgebung mit der Milderung der Arbeitslosigkeit befaßt. Es muß, wie gesagt, in dieser Sache jetzt endlich von der Leibform zur Tätigkeitsform übergegangen werden. F. K.

Mietpreisbildung im Zeichen des Lohnabbaues.

Seit Monaten hat man regierungs- und unternehmerseitig für einen Lohn- und Gehaltsabbau Propaganda gemacht, aber keiner dieser Stellen ist es bis heute eingeleitet, in den angebotenen Preisabbau einen Abbau der Mieten für Neubaugewohnungen mit einzubeziehen. Seit Jahren ist von den verschiedensten Korporationen darauf hingewiesen worden, daß besonders die Ausgaben für Neubaugewohnungen im Haushalt der Arbeiter und Angestellten mit dem heute noch vorhandenen Einkommen nicht mehr im Einklang stehen. Schon oft wurde nachgewiesen, daß die Ausgaben für Neubaugewohnungen, gemessen am heutigen Einkommen, im Vergleich zum Einkommen und Mietsanteil der Vorkriegszeit, schon lange viel höher sind. Vergleichszahlen aus dem Jahre 1928-29 zeigen, daß der Mietsanteil vom Einkommen für Altmwohnungen 11 bis 20 Prozent betrug, für Neubaugewohnungen aber stellenweise 18 bis 45 Prozent. Aus einer Denkschrift des Bundes deutscher Mietervereine ist zu ersehen, daß diese hohen Zahlen in fast allen Großstädten Deutschlands zu finden sind, häufig sogar noch in Mittelstädten, während die Höhe des Mietsanteils nach kleineren Orten immer mehr absinkt. Die Ursache für die in mittleren und Großstädten so hohen Mietsanteile am Einkommen ist darin zu suchen, daß an größeren Orten die anteiligen Kosten für Grundstück, Straßenbau und sonstige Anliegergebühren mitunter doppelt und dreifach so hoch sind wie in Kleinstädten und ländlichen Gemeinden. War der

Mietsanteil für Neubaugewohnungen,

gemessen am Einkommen, deshalb schon so hoch, hat der auf der ganzen Linie erfolgte Lohn- und Gehaltsabbau bei gleichgebliebenen Mieten naturgemäß eine weitere Steigerung des Mietsanteils zur Folge gehabt. Welche Auswirkung eine solche Politik — Lohn- und Gehaltsabbau ohne Mietspreissenkung — für Arbeiter und Angestellte haben muß, ist nicht zu übersehen, wenn man an die Bestrebungen von Kommunalpolitikern, wie beispielsweise des Oberbürgermeisters Dr. J a r r e s (Duisburg) denkt, die an sich schon gekürzten Löhne und Gehälter um weitere 20 Prozent zu kürzen. Um so verwunderlicher erscheint es natürlich, daß selbst Leute wie Oberbürgermeister Dr. J a r r e s dabei noch nicht auf den Gedanken gekommen sind, in den Lohn- und Preisabbau auch einen Abbau der Neubaugewohnungen mit einzubeziehen oder bei den maßgebenden Stellen wenigstens darauf aufmerksam zu machen.

Wenn man von kommunaler Seite glaubt, Lohnpolitik machen zu müssen, dann aber unter Aufrechterhaltung der notwendigen Lebensinteressen der davon betroffenen Arbeiter und Angestellten! Tut man oder kann man das aber nicht, dann ist man verpflichtet, die Finger davon zu lassen und es denen zu überlassen, die Arbeiter und Angestellte als geeigneter dazu halten wie Oberbürgermeister Dr. J a r r e s und seine Freunde.

Die Auswirkung der hohen Neubaugewohnungen bei zurückgehenden Einkommen fängt an sich in einer Weise bemerkbar zu machen, die allen Bestrebungen, Neubaugewohnungen zu schaffen, entgegenläuft. Nicht nur daß Arbeitslose und Kurzarbeiter nicht mehr in der Lage sind, von den Segnungen des Wohnungsbaues Gebrauch zu machen, macht sich heute schon bei den noch in Arbeit stehenden und in Neubaugewohnungen wohnenden Arbeitern und Angestellten das Bestreben bemerkbar, wieder in Altmwohnungen abzuwandern. Warum das geschieht, ist sehr leicht erklärlich, ohne daß es noch besonders längerer Begründungen dazu bedürfte. — Wie hoch ist

das Einkommen in Arbeiter- und Angestelltentreisen

überhaupt noch? Und inwieweit ist es davon noch möglich, die zu hohen Neubaugewohnungen zu zahlen?

Das Durchschnittseinkommen der Ruhrbergarbeiter betrug im 3. Vierteljahr 1930 nach Angabe des Statistischen Reichsamtes pro Monat in 21 Schichten 182 Mark, die Zahl der Familiensmitglieder pro Monat 5,3. Von dem noch verdienten Lohn kamen 31 M. für Sozialbeiträge in Abzug, so daß noch ein Einkommen von 151 M. verbleibt; weiter in Abzug kommen noch Steuern und sonstige Gefälle, so daß bei vielen das Nettoeinkommen 130 bis 140 M. nicht übersteigen dürfte. Das Nettoeinkommen ist also heute in vielen Fällen ungefähr so hoch, wie in den Jahren 1913-14, die Ausgaben für den Lebensunterhalt aber mindestens noch 40 Prozent höher als 1914. Wenn 1914 die Bergarbeiter von einem Nettoeinkommen 15 bis 20 Prozent für Miete aufwenden mußten, beträgt heute die gleiche Ausgabe, selbst nur für dreiräumige Genossenschaftswohnungen, in den meisten Fällen nicht unter 45 bis 50 M. oder mindestens 35 Prozent vom Einkommen. In anderen Revieren mit noch niedrigeren Löhnen

als im Ruhrgebiet ist die Auswirkung natürlich noch viel schlimmer, schlimmer aber auch noch unter Beachtung der noch viel höheren Mieten für von privatwirtschaftlicher Seite erstellte Neubaugewohnungen.

Bei den Metallarbeitern, als zweitstärkste Industriebranche, sieht es nicht viel besser aus. Zur Zeit werden im Westen den Metallarbeitern im Durchschnitt pro Woche noch 37 Arbeitsstunden verfahren. Das Durchschnittseinkommen wird deshalb nicht wesentlich höher sein als bei den Bergarbeitern, d. h. daß sie in der Mehrzahl genau so wenig in der Lage sind wie die Bergarbeiter, 50 M. pro Monat für Miete ausgeben zu können. Ein großer Teil dieser Arbeiter wohnt aber heute in Neubaugewohnungen und muß sich infolge des hohen Mietsanteils auf Kosten der Lebenshaltung immer mehr einschränken und mit ansehen, daß jede Lohnkürzung oder Einkommensminderung bei ihnen ein weiteres Ansteigen des Mietsanteils von dem noch verbleibenden Einkommen zur Folge hat.

In den übrigen Berufen, besonders aber im Bauberuf selbst sieht es noch schlimmer aus. Die Arbeitslosigkeit beträgt dort zur Zeit im Reichsdurchschnitt 60 bis 80 Prozent. Nur wenige Monate im Jahre haben die Bauarbeiter und viele damit verbundene Berufe Arbeitsgelegenheit, und zwar so knapp, daß ein großer Teil von ihnen schon seit Jahren nicht mehr in der Lage ist, die Wartezeit zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung zu erfüllen und seit Jahren schon auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen ist. Also selbst seit langen Jahren mit dem Neubau von Wohnungen beschäftigte Arbeiter sind nicht in der Lage, für eine solche Wohnung die Miete zu erschwingen. In Wirklichkeit laufen also die Dinge heute so, daß Arbeiter und Angestellte bei vermindertem Einkommen ein dauerndes Steigen des Mietsanteils zu verzeichnen haben, die Hypothekengeldgeber aber bei Lohn- und Preisabbau und gleichbleibender Verzinsung eine Steigerung ihrer Hypotheken und Bodenrenten.

Die Lösung dieser Frage,

ob ein Preisabbau für Neubaugewohnungen möglich ist, erscheint schwer und fast unmöglich, besonders unter Hinweis auf den Kapitalmangel zum Bau von neuen Wohnungen überhaupt. Volkswirtschaftler werden wahrscheinlich sagen, eine Ermäßigung der Hypothekenzinsen, um in Verbindung damit eine Ermäßigung der Neubaugewohnungen zu ermöglichen, ist so lange nicht möglich, solange nicht ein Ueberangebot von Baugeldern vorhanden ist. Diese Ansicht mag, soweit die Zinsbildung an Angebot und Nachfrage von Baugeldern gebunden ist, richtig sein, kann aber zur Folge haben, daß, verschuldet durch zu hohe Zinsen, der Neubau von Wohnungen noch mehr eingeschränkt und in Verbindung damit die Arbeitslosigkeit im Bauberuf eine noch langanhaltende Erscheinung bleiben wird.

Was man also von Arbeitern und Angestellten verlangt, Abbau der Löhne und Gehälter, um damit behilflich zu sein, die Produktion zu verbilligen und die Wirtschaft anzukurbeln, müßte auch auf die Geldgeber zum Wohnungsbau zutreffen. Wir sind uns der Schwere dieser Frage bewußt, besonders unter Hinweis darauf, daß sehr viele Wohnungsbauer mit Pfandbriefhypotheken gebaut haben, deren Verzinsung auf die Dauer von mehreren Jahren festgelegt ist. Trotzdem können wir nicht einsehen, daß das Mittel, das man Arbeitern und Angestellten empfiehlt, und die Opfer, die man von ihnen verlangt, nicht die gleiche Anwendung auf die Geldgeber finden könnten. Sehr leicht wäre es möglich gewesen, billige Auslandsgelder zum Bau von neuen Wohnungen heranzuziehen, wenn die unvernünftige Einstellung und Haltung der Nazis nicht jeden ausländischen Geldgeber abschreckte, Gelder an sicherer Stelle, im Wohnungsbau, anzulegen.

Die Ermäßigung von nur 1 Prozent der Hypothekenzinsen selbst dort, wo mit gemischten Hypotheken, also mit Geld vom Freigeldmarkt und Hypothekenspfandbriefen gebaut wurde, würde eine Herabsetzung der Neubaugewohnungen und in Verbindung damit eine Angleichung an die Altmieten zur Folge haben.

Die weit meisten erstellten Hypotheken müssen neben der Verzinsung mit 1 Prozent getilgt werden, und zwar in jährlich gleichbleibenden Raten bis zur endgültigen Tilgung der Hypothek. Die Tilgung der Annuitätendarlehen hat also zur Folge, daß Zins- und Tilgungsraten jährlich gleich hoch bleiben bis zur endgültigen Tilgung. Die weitere Auswirkung davon ist, daß genau für dieselbe Zeit die Wohnungsmieten egal hoch bleiben müssen, um Zinsen und Tilgung zu ermöglichen. Das Ergebnis davon ist, daß die Tilgung von Annuitätendarlehen in längstens 37 bis 40 Jahren erfolgt, die Grundstücke dann schuldentfrei sind und

die dann zu zahlende Nutzungsgebühr oder Miete sich nur noch den wirklichen Ausgaben und Verwaltungskosten für die nunmehr getilgten Wohnungen anzupassen braucht. Es bliebe also zu erwägen, inwieweit hier die Möglichkeit besteht, eine Erleichterung zu schaffen, die darin bestehen kann, anstatt der einprozentigen Tilgung eine verminderte Tilgung einzufügen.

Eine weitere Möglichkeit besteht vielleicht darin, daß das Reich eine Stundung der Verzinsung der Hauszinssteuer vornimmt, bis erst- und zweitstellige Hypotheken getilgt sind. Der Verlust für das Reich aus Hauszinssteuerzinsen würde vielleicht 100 Millionen Mark betragen, würde aber ebenfalls eine mächtige Verbilligung der Mieten ermöglichen. Notwendig aber wird es mindestens sein, zu erwägen, inwieweit arbeitslose Inhaber von Neubauwohnungen von der Verzinsung der Hauszinssteuerhypothek zu befreien sind, soweit zum Wohnungsbau Hauszinssteuermittel verwendet wurden. Baut Verfügung der Reichsregierung besteht die Möglichkeit, arbeitslose Inhaber von Altwohnungen von der Zahlung der Hauszinssteuer zu befreien, soweit sich ihre Arbeitslosigkeit über die Dauer von einem halben Jahre erstreckt. Die gleiche Erleichterung müßte zum mindesten arbeitslosen Inhabern von Neubauwohnungen gewährt werden, indem man den Wohnungsbauer von der Zahlung der Zinsen für die Hauszins-

steuerhypothek entbindet, die dann den Arbeitslosen an der Wohnungsmiete nachzulassen wäre. Das Recht darauf erscheint um so größer, als der von der Unterstützung aufzubringende Betrag für Neubauwohnungen an sich viel höher ist, als für die Miete an Altwohnungen.

Eine geringe Zinsenkung für Neubauhypotheken in Verbindung mit einer Tilgungstredung und einer weiteren Erleichterung in der Verzinsung der Hauszinssteuermittel würde im Anschluß an den Lohn- und Preisabwärt eine Senkung der Neubauwohnungen ermöglichen, aber auch in Verbindung damit den Bau von weiteren Neubauwohnungen erleichtern. Ausgehend von der Tatsache, daß die Bauindustrie als die Schlüsselindustrie Deutschlands betrachtet wird, müßte bei einigermaßen Verständnis für die Wirtschaftsnote Deutschlands die Möglichkeit gegeben sein, diesen Anregungen Rechnung zu tragen, um nicht nur damit zur Linderung der Wirtschaftsnote vieler Millionen deutscher Volksgenossen beizutragen, sondern, worauf es in der Hauptsache ankommt: den Wohnungsbau noch intensiver zu beleben, als das bisher der Fall war, um vielen Menschen Lohn und Arbeit zu verschaffen und damit der Wirtschaft neue Arbeit und Steigerung der Kaufkraft des gesamten Volkes. -ner.

nehmer verantwortlich sind, und heßt gegen die Pensionen der Knappschäftsärzte! Diese Gemeinheit kann nicht mehr überboten werden!

Was der Schubiack über die Knappschäftsverhütungsgemeinschaft, liegt auf der gleichen Linie. Von wem sollen denn die Gewinne der Erholungsheime eingeholt werden? Von den Knappschäftsärzten, die dort zur Erholung geschickt werden? Oder soll die Knappschäfts-Gewinne dadurch erzielen, daß sie nur solche Idioten, wie der Kritischreiber einer zu sein scheint, in die Heime aufnimmt und ihnen dafür soviel Geld abknöpft, daß ein beträchtlicher Gewinn erzielt und die Pensionstasse der Knappschäftsärzte saniert wird?

Daß auch an der angeblich zu hohen Zahl der Angestellten bei der Knappschäfts-Verständigung keine Schuld tragen, beweist der Umstand, daß seit dem 1. Januar 1927 die Zahl der tariflichen Angestellten um mehr als hundert und die Zahl der leitenden Angestellten auch verringert worden ist.

Da der Goldschreiber des Kapitals für den ersten Giftspritzer anscheinend nicht genug Geld bekommen hat, kündigt er an, in einem weiteren Artikel auf den Vortrag von Professor Horneffer zurückzukommen. Auf den Kohl braucht aber keiner gespannt zu sein! Professor Horneffer ist nämlich der „berühmte deutsche Philosoph“, dem wir nachgewiesen haben, daß er Witze, die von üblen Spaßmachern erzählt werden, als Wahrheiten in die Welt setzt. Hat er doch behauptet, daß eine Bergmannsmitz, die gehört hatte, daß ihr Mann vom Unglück verschont wurde, als seine Kameraden zu Tode gekommen sind, den Ausdruck getan hätte: „Und mein Kumpel springt beiseite!“ Nach Ansicht dieses „Wahrheitsfinders“ (die Aufgabe eines Philosophen soll nämlich sein, letzte Wahrheiten zu ergründen) hat die Bergmannsfrau den Ausdruck getan, weil sie enttäuscht darüber war, daß ihr Mann am Leben blieb und sie infolgedessen nicht in den Genuss der „hohen“ Knappschäftsrente kommen konnte.

Die Kameraden werden sich leicht vorstellen können, was so ein „Philosoph“ über Sozialversicherung zusammenfassen konnte. Der Schmierfink der Zeitschrift und der „Professor der Philosophie“, der üble Witze als Wahrheiten verkündet, sind einander wert!

Werden und Vergehen in der Sozialversicherung.

Deutschland hat sich immer mit Stolz gerühmt, mit der Sozialversicherung aller Welt voran zu sein. Wie schon so vieles, will es, so scheint es, auch diesen Ruhm verlieten. In Blättern, die dem Unternehmertum nahe stehen, wird immer hartnäckig darauf gedrungen, die Leistungen verschiedener Zweige der Sozialversicherung abzubauen. Die Lasten seien nicht mehr tragbar und es könne vorkommen, daß Deutschlands Industrie der ausländischen Konkurrenz erliegen werde.

Sonderbar, daß gerade die sozialen Lasten an der jehigen Misere schuld sein sollen. Steht Amerika denn nicht auch ebenso wie Deutschland in einer Krise, obwohl es keine Sozialversicherung hat? Also jenseits des großen Teiches hat man die Ausgaben für die Sozialversicherung gespart und ist trotzdem dort angelangt, wo andere Staaten mit ihrer Sozialversicherung stehen. Es muß deshalb etwas anderes schuld sein, daß die Geschäfte so schlecht gehen. Doch ist die Krisenzeit manchen Herren gerade recht, um den geplanten Abbau der Sozialversicherung durchzuführen zu können. Erst soll die Knappschäftsversicherung daran glauben, d. h. ihre Leistungen sollen derart abgebaut werden, daß sie schon bald keine Versicherung genannt werden kann, denn zu einer Versicherung gehören Leistungen, die den Beiträgen gleichwertig sind.

Ist hier der Streich gelungen, dann wird man an die Invalidenversicherung herangehen!

Das Unternehmertum weiß ganz genau, daß die Menge derer, die wenig denkt, sich auf seine Seite wirt, d. h., gegen die Sozialversicherung ankämpft, wenn hohe Beiträge für niedrige Leistungen gegeben werden müssen.

Deshalb auch der Ruf, der aus dem Lager jener vom Profit der Arbeit Lebenden erkallt: „Die Versicherung muß sich selbst erhalten, es dürfen keine Reichsmittel dazu verwandt werden!“ Wenn es diesen Herren nach ginge, würde von heute auf morgen die Sozialversicherung verschwinden. Daß dann nach einiger Zeit auch die Löhne um die Summe der Beiträge zur Sozialversicherung gekürzt würden, ist selbstverständlich. Ließe es sich doch dann so schön sagen: „Heute braucht ihr ja keine Beiträge mehr zu zahlen, da kann euer Lohn auch niedriger sein!“

Dieses muß vereitelt werden!

In allen Ländern, die eine Sozialversicherung haben und weiter ausbauen, werden Reichsmittel gewährt. „Die Reichsversicherung“ bringt in ihrem Heft 2 einen Artikel über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung für Bergleute in Belgien. Wo am Schlusse betont wird, daß der belgische Staat für die Knappschäftsrenten eine Zusatzrente zahlt, der ungefähr soviel beträgt wie die Arbeiterbeiträge. Auch Frankreich zahlt zur Knappschäftsrentenversicherung einen jährlichen Gesamtbetrag von rund 150 Mill. Fr. In diesen Ländern bemüht man sich, die Knappschäftsrentengesetzgebung auszubauen. In Deutschland dagegen gibt man sich alle Mühe, sie abzubauen, am liebsten sie ganz zu vernichten. Jene Länder haben also trotz der Krise ein Werden zu verzeichnen, während bei uns alles aufs Vergehen abgemittelt ist.

Bedacht muß aber werden, daß eine gut ausgebauten Sozialversicherung auch eine intelligente Arbeiterschaft bedeutet. Wo ist der Arbeiter, der soviel sparen könnte, daß er im Alter sein Leben davon fristen kann? Die Sozialversicherung ist es, die ihm die Hoffnung läßt, im Alter einen Notgroßchen zu haben und die ihm Stärke gibt, solange er arbeitsfähig ist. Baut man die Versicherung ab, dann sinkt der Arbeiter eine Stufe tiefer mit Arbeitslust und Arbeitsfreude, da er kein Licht in der Zukunft sieht, sondern nur trübe Schatten.

Kameraden, helft alle mit, die auf Abbau der Sozialversicherung gerichteten Pläne zunichte zu machen. Sorgt durch Stärkung der Organisation dafür, daß ihr dem Staate gegenüber die Macht behaltet, die euch zusteht. Sorgt dafür, daß die Sozialversicherung aus- und nicht abgebaut wird!

Vorbereitung der Genfer Arbeiterkonferenz.

Die am 3. und 4. März in Amsterdam abgehaltene Sitzung des Internationalen Bergarbeiterkomitees galt der Vorbereitung der kurz nach Pfingsten beginnenden 15. Internationalen Arbeiterkonferenz. Auf der Tagesordnung dieser Konferenz steht noch einmal die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken. Diese Frage ist in Genf wiederholt behandelt worden, zuletzt auf der vorigen Arbeiterkonferenz, wo ein Abkommensentwurf ausgearbeitet wurde, der für den unterirdischen Bergbau eine einheitliche Schichtzeit von 7 Stunden 45 Minuten vorsah. Dieser Abkommensentwurf erhielt in der Schlußabstimmung nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. In der Hauptsache lag dieses Scheitern an der Ueberstunde nfrage und der Frage der Einbeziehung der Braunkohle. Inzwischen haben nun eine Anzahl von Fühlungsnahmen stattgefunden, um die damals strittigen Fragen zu klären. Auch das Internationale Bergarbeiterkomitee hat sich mit diesen Fragen in verschiedenen Sitzungen befaßt und Richtlinien für das gemeinsame Vorgehen der Bergarbeiter in Genf aufgestellt.

Die Bergarbeiterinternationale vertritt die Auffassung, daß die Bemühungen um eine internationale Regelung trotz der durch die Wirtschaftskrise veränderten Verhältnisse fortgesetzt werden müssen, auch wenn nach dem Stand der Dinge nicht zu vermuten ist, daß das international erreichbare Maß der Arbeitszeitverkürzung unmittelbar zur Krisenüberwindung ausreichend sein könnte. In diesem Falle müßte nämlich eine Arbeitszeitverkürzung Platz greifen, die unter dem von der Bergarbeiterinternationale bisher vertretenen Siebenstunden-Standard liegen müßte. Gleichwohl ist die Unzulänglichkeit der vorjährigen Basis durch die Krise noch deutlicher geworden. So daß man darauf nicht einfach weiterbauen kann, sondern neue Grundlagen suchen muß. Das ist auch deshalb notwendig geworden, weil nunmehr der Braunkohlenbergbau in die Konvention einbezogen werden muß. Die Bergarbeiterinternationale will die Braunkohlenregelung in das allgemeine Kohlenüberkommen einbauen, und zwar so, daß der gesamte Braunkohlenbergbau, also Tiefbau und Tagebau inbegriffen wird. Es läßt sich heute schon sagen, daß die Braunkohlenfrage im Brennpunkt der Genfer Ausprachen stehen wird. Jedenfalls werden die Unternehmer alle Anstrengungen machen, um das Zustandekommen einer Konvention überhaupt aufzuhalten oder ihre Bestimmungen so zu

verschlechtern und zu verwässern, daß ein Fortschritt der internationalen Sozialpolitik darin nicht mehr erblickt werden kann. Auf diese Auseinandersetzungen hat sich die Bergarbeiterinternationale in Amsterdam vorbereitet und hat sich dazu auch der Unterstützung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vergewissert. Das war notwendig, weil die Leitung der Genfer Arbeiterfraktion in den Händen des IGW liegt. Entgegen anderslautenden Meldungen kann festgestellt werden, daß zwischen Bergarbeiterinternationale und IGW keinerlei Meinungsverschiedenheiten über die Art des Vorgehens in Genf bestehen.

Aus den Berichten der verschiedenen Landesorganisationen über die Kohlenlage ergab sich durchweg ein sehr trübes Bild. In allen Ländern sind die Unternehmer dazu übergegangen, den Lebensstandard der Bergarbeiter herabzudrücken. Das Gespenst des Lohnabbaues hat sich zwar noch nicht überall ausgedehnt, sondern steht in manchen Ländern noch vor der Tür. In Deutschland, Belgien und England haben Lohnkürzungen bereits Platz gegriffen, in Frankreich steht man darüber in Verhandlungen. Die Unternehmer spielen sich hierbei die Bälle gegenseitig zu. Dieses grausame Spiel ist nur durch starke Gewerkschaften zurückzuhalten. In diesem Ringen stehen die Bergarbeiter aller Länder mitten drin und rufen nach der Unterstützung der noch abseits stehenden Kameraden. Diese Unterstützung ist zur Zeit das wichtigste und wird auch über das Schicksal von Genf entscheiden.

Am Schlusse der Amsterdamer Tagung gab das Internationale Komitee einen Bericht heraus, in dem ein alsbaldiger Abschluß der wirtschaftlichen Kohlenarbeiten des Völkerbundes verlangt wird. Die von der englischen Regierung betriebenen Einigungsbestrebungen der Hauptkohlenländer sind bedauerlicherweise über die ersten Anfänge ebenfalls nicht herausgekommen. Die Unternehmer glauben immer noch, im internationalen Konkurrenzkampfe irgendwelche Vorteile einander abjagen zu können. Sie haben mit diesem Überglauben den wirtschaftlichen Niedergang verschärft und suchen sich an den Bergarbeitern und den inländischen Konsumenten schadlos zu halten. Mag auch der Weg der wirtschaftlichen Vernunft hart und mühsam sein, die Bergarbeiter werden nicht davon ablassen. Die internationale Kohlenverständigung unter ihrer Mitwirkung zu fordern.

Zur Hecke gegen die Knappschafft.

Den Zeitschriften, die seit Jahren gegen die Knappschafft hegen, geben die Schwierigkeiten, mit denen die Knappschäftsrentenversicherung wegen des Verlustes von Hunderttausenden von Mitgliedern und des Wegfalls der Zuschüsse aus der Legierung zu kämpfen hat, erneute Gelegenheit, gegen die Versicherung der Bergarbeiter zu hegen. So geißelt z. B. in Nr. 4 der Zeitschrift der Zeche Westhausen unter dem Titel: „Sanierung der Knappschafft“ ein vom Zeckenkapital bezahlter Handlanger, der mit H. St. zeichnet, gegen die Knappschäftsrentenversicherung. Einige dieser Giftspritzer, die St. verbricht, wollen wir den Kameraden nicht vorenthalten. Sie seien im nachfolgenden angeführt:

„Wir können bloß zahlen, damit andere mit unserem sauer verdienten Geld ein gutes Leben führen können.“

„Früher hatte die Knappschafft soviel Geld, daß sie den Bergleuten zu einem niedrigen Zinsfuß Geld leihen konnte, um sich damit ein Häuschen zu bauen.“

„Heute haben wir Versicherung aber auch zu drei Fünftel etwas zu sagen und der Arbeitgeber nur zu zwei Fünftel. Heute haben wir ungezählte Direktoren, Abteilungsleiter, Ober- und sonstige Inspektoren und wer weiß was für Beamte.“

„Dazu kommen noch die vielen Knappschäftsärzte. Welche Riesensummen beziehen diese und welche Pensionen?“

„Zunächst müssen einmal die ganzen Knappschäftsverhütungsgemeinschaften rentabel gemacht werden, d. h. nicht plus-minus, sondern dieselben müssen Gewinne abwerfen.“

Der Fehlbetrag, der in der Knappschäftsrentenversicherung entstand, wurde in erster Linie, wie bereits erwähnt, dadurch mitebedingt, daß durch die übertriebenen Rationalisierungen Hunderttausende von Bergarbeitern abgebaut wurden und Zehntausende von Invaliden neu hinzukamen. Die eingezahlten Beiträge der Bergarbeiter werden fast reiflos zur Zahlung von Pensionen an die Invaliden, Witwen und Waisen verwandt.

Der Anteil der Verwaltungskosten ist bei der Reichs-Knappschafft niedriger als bei jeder anderen reichs-gesetzlichen Sozialversicherung, ganz zu schweigen von den Privatversicherungen.

Betrug doch z. B. im Jahre 1929 der Anteil der Verwaltungskosten bei der Reichs-Knappschafft 4,85 Prozent der Einnahmen. Wenn der Schubiack davon spricht, daß mit den Beiträgen der

Knappschäftsmitglieder andere „ein gutes Leben führen“, so erhebt er den Vorwurf, daß die Knappschäftsrenten zu hoch wären. Dabei beträgt die Durchschnittspension, die in der Arbeiterabteilung der Ruhrknappschafft gezahlt wird, 68 M. Ob er selbst mit dieser Summe im Monat ein gutes Leben führen könnte?

Die zweite Verleumdung, die der Goldschreiber des Kapitals begeht, ist die, daß früher die Bergarbeiter zu niedrigem Zinsfuß von der Knappschafft Geld bekommen konnten, während das heute nicht mehr der Fall ist. Demgegenüber sei festgestellt, daß z. B. von 1910 bis 1919 die Knappschafft im Ruhrgebiet 1 180 000 Mark den Bergarbeitern zu Bauzwecken auslieh, während in der gleichen Zeit die Unternehmer zum Bau von Zeckenkolonien 56 Millionen Mark bekamen. Seitdem die Versicherungsvertreter die Mehrheit der Selbstverwaltung innehaben, also seit dem 1. Januar 1927, sind von der Knappschafft im Ruhrgebiet 3 Mill. Mark für Bergmannsiedlungen gegeben worden, während die Unternehmer zu Koloniedaunen gar nichts erhielten. Wenn der Verleumder mit einem Stößel auf darauf hinweist, daß heute die Versicherten drei Fünftel und die Arbeitgeber nur zwei Fünftel der Mitbestimmung in der Knappschafft haben, so möchte er dies wohl beseitigen. Würde ein solcher Fall eintreten, so können sich die Kameraden denken, wie dann die Gelder der Knappschafft an Bergarbeiter und wie an Zeckenunternehmer verlieten würden.

Niederträchtig ist auch der Hinweis auf die Gehälter der Knappschäftsärzte und deren Pensionen, wenn er in der Zeitschrift erfolgt.

Die Arztverträge, in denen den Ärzten die Pensionsberechtigung zuerkannt wurde, stammen aus der Kriegszeit und sind auf Betreiben der Arbeitgeber, die damals die Knappschafft völlig beherrschten, abgeschlossen worden.

Ja, kurz vor dem Uebergang der Geschäfte an den neugewählten Vorstand der Ruhrknappschafft haben die Arbeitgebervertreter noch versucht, sogar den Knappschäftsärzten die Pensionsberechtigung zu geben. Erst in letzter Stunde war es den Versicherungsvertretern möglich, diese Pläne zum Scheitern zu bringen. Heute kommt die Zeitschrift, für die dieselben Werksunter-

Die Aufgaben der Betriebsräte.

Die Hauptaufgabe des Betriebsrates ist unbefristet die Überwachung der geltenden Tarifverträge, damit diese im Betriebe durchgeführt und eingehalten werden. Zu diesem Zweck hat der Arbeitgeber auf Verlangen der Betriebsvertretung dieser die notwendigen Unterlagen wie Lohnlisten, Zeitjournal und Schichtzettel vorzulegen. Hier ist der Betriebsrat der stärkste Exponent der Tariforganisation im Betriebe; denn die besten Tarifverträge sind eben gleich Null, wenn sie in den Betrieben nicht zur Durchführung gebracht und nicht dauernd überwacht werden. Ebenso verhält es sich bei der Festsetzung der Akkordsätze sowie bei dem Abschluß von Betriebsvereinbarungen, soweit Tarifverträge dafür nicht in Betracht kommen. In erster Linie ist es hier der Abschluß einer rechtsgültigen Arbeitsordnung, welcher ein hohes Maß von Verantwortung und Kenntnissen bedingt. Wichtig ist ferner die Mitwirkung der Betriebsvertretung bei den Betriebswohlfahrts-einrichtungen wie Unterstützungskassen, Kantinen, Werkwohnungen usw., die ebenso genügend Sachkenntnis voraussetzt. Weiter hat die Betriebsvertretung bei Entlassungen und Stilllegungen mitzuwirken; denn nur so ist der Arbeitgeber in solchen Fällen geneigt, seinen Betrieb nach seiner Überzeugung zu betreiben. Weiter hat die Betriebsvertretung die Aufgabe, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren und ein gutes Einvernehmen zwischen Betriebsleitung und Belegschaft anzubahnen. Gerade in einer Wirtschaftskrise ist der Arbeitgeber bestrebt, Arbeitsmethoden, Arbeitszeitveränderungen, Pausenregelungen, Kontrolleinrichtungen, Bedingeregeln einseitig zu bestimmen, wodurch das Einvernehmen gestört und oft sogar der Betriebsgang gefährdet wird. Mit radikalen Schlagworten wird hierbei eine Betriebsvertretung wenig erreichen können, sondern nur durch ein energisches Sichdurchsetzen. Ferner hat die Betriebsvertretung darauf zu achten, daß das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter geschützt ist, also auf die genaue Beobachtung der diesbezüglichen Gesetze und Verordnungen hinzuwirken. Insbesondere auf diesem Gebiete findet sie ein großes Betätigungsfeld und nur dort wird eine Betriebsvertretung die Unfallgefahren bekämpfen und die heutigen Unfallziffern im Bergbau herabdrücken können, wo in ihr die richtigen Männer am richtigen Platz sind. Drohende Unfallgefahren

müssen sofort dem zuständigen Grubenbeamten gemeldet und ihre Beseitigung verlangt werden. Im Weigerungsfalle ist umgehend Anzeige bei der Bergbehörde zu erstatten. In sanitärer Hinsicht muß die Betriebsvertretung besonders darauf achten, daß stets Verbandstoff vorrätig und in einwandfreier Beschaffenheit vorhanden ist. Kranfrankentransportgeräte sowie auch Rettungsapparate müssen überprüft werden. Ebenso gilt dieses von der Ueberprüfung des Verbandsraumes. Hier muß größte Sauberkeit herrschen, damit bei der Behandlung Unfallverletzter die bestmögliche Sicherheit gewährleistet wird. Ein besonderes Kapitel ist die Überwachung der Schutzbestimmungen für Jugendliche. Jede Betriebsvertretung muß über die Einhaltung der gesetzlichen Pausen sowie darüber wachen, daß Jugendliche zu keiner Arbeit herangezogen werden, die ihren Kräften nicht zuzumuten ist. In den Lehrlingswerkstätten muß die Lehrlingsausbildung überwacht werden, insbesondere dort, wo Richtlinien der Tarifvertragspartei oder der Bergbehörde vorliegen. Mitzuwirken hat die Betriebsvertretung auch bei der Hausvorsorge, damit die Anwendung der diesbezüglichen Bestimmungen nicht zur Formel herabgedrückt oder mißbraucht wird.

Neben dieser Gesamtinteressenvertretung obliegt dem Betriebsrat noch die Vertretung von Interessen einzelner. Hier ist es insbesondere die Mitwirkung bei der Straffestsetzung, die noch oft genug nicht zur vollen Anwendung kommt. Einseitige Strafmaßnahmen des Arbeitgebers sind unzulässig. Dieses muß immer wieder betont werden. Wichtig ist weiter die Mitwirkung bei Kündigungen, sei es im Kündigungsentscheidungsverfahren oder wenn ein Arbeitgeber ein ihm vielleicht unbequemes Betriebsratsmitglied aus dem Betriebe entfernt wissen will. Hier muß die Betriebsvertretung zugleich Richter und Verteidiger ihrer eigenen Interessen sein. Mitzuwirken hat sie ferner bei der Behebung von Einzelbeschwerden, gleichviel ob es sich um Invaliden, Kriegs- und Unfallbeschädigte, Lehrlinge usw. handelt.

Die Summe dieser Aufgaben allein zeigt, wie wichtig die Funktion des Betriebsrates ist. Die Bergarbeiter haben daher die Pflicht, auch in diesem Jahre nur solche Personen zu wählen, die ihnen die Gewähr bieten, daß sie den Aufgaben nach jeder Richtung gewachsen sind.

Bezirk Hamm.

Der am 22. Februar abgehaltenen Jahreskonferenz der Geschäftsstelle Hamm konnte vom Kameraden Rosemann ein Bericht vorgelegt werden, der trotz der schweren wirtschaftlichen Erschütterungen des vergangenen Jahres ein recht hoffnungsvolles Organisationsbild ergab. Trotzdem im Hammer Bezirk seit 1926 eine ständige Verminderung der Belegschaft stattgefunden hat, ist die Mitgliederzahl des Verbandes dauernd gestiegen. Die dadurch erzielte Verbesserung des Organisationsgrades hat sich in einer ganzen Reihe von beachtlichen organisatorischen Erfolgen der Geschäftsstelle und des Arbeitersekretariats ausgedeutet. Im ganzen war dem Bericht ein Bild reger Verbandsaktivität zu entnehmen, so daß auch der Dank, den Kamerad Rosemann den Funktionären für ihre treue Pflichterfüllung abstattete, vollaus verdient war.

Das Referat des Tages hielt Dr. Berger (Bochum) über die Lohn- und Arbeitszeitfrage in ihrer internationalen Verflechtung. Dr. Berger unterstrich, daß das Schwerkampf des Kampfes um Lohn und Arbeitszeit im Inlande liegt und die internationalen Bestrebungen mehr den Charakter von Unterstützungsaktionen hätten. Durch die Wirtschaftskrise ist die Arbeitszeitfrage so brennend geworden, daß ihre Ziangriffnahme nicht erst von dem Abschluß internationaler Vereinbarungen abhängig gemacht werden könne. Aus diesem Grunde habe der Verband die Suspendierung des Mehrarbeitsabkommens gefordert, das schon lange keine Berechtigung mehr habe. An der wirtschaftlichen Tragbarkeit einer Arbeitszeitverlängerung braucht nicht gezweifelt zu werden. Die rapide Entwicklung der Rationalisierung hat den Achtstundentag überholt. Wir müssen daher im Bergbau auch zu einer kürzeren Schichtzeitbegrenzung kommen. Das wird allerdings noch zu schweren Auseinandersetzungen mit dem Untertunem führen, das sich der Verantwortung des von ihm durch die Entlassungen und Feierschichten angegriffenen volkswirtschaftlichen Schadens zu entziehen sucht. Diese Auseinandersetzung werden sowohl in der wirtschaftlichen als auch in der politischen Ebene zu führen sein. Deshalb ist es notwendig, daß die demokratische Republik als Kampfboden erhalten bleibt! Aber auch die Waffe des Wirtschaftskampfes darf inagwischen nicht stumpf werden, sondern muß durch Stärkung der Organisation geschärft werden. Die gegenwärtige staatliche Lohnpolitik hat mit Nationalökonomie nichts zu tun, sondern ist infolge der Uneinigkeit der Arbeitererschaft noch ziemlich ungebrochenen Vornachstellung des Bürgerturns. Daß das Tarifvertragsystem trotz der Lohnkürzungen gehalten werden konnte, ist ein höchst belangreicher Erfolg der Gewerkschaftspolitik. Mit Hilfe des Tarifvertrages und der Arbeitslosenversicherung ist wenigstens ein Minimum an Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu verteidigen, das sonst auch noch im Strudel der Wirtschaftskrise der Vernichtung preisgegeben wäre. Die notwendige Ausbalancierung von Lohnniveau und Preisniveau muß von der Preisseite gefördert werden. Ehe nicht ein neues Gleichgewicht zwischen Lohn und Preis hergestellt ist, kann es auch keinen Wiederaufschwung geben. In der Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiterklasse erkämpfen die Gewerkschaften zugleich die Voraussetzungen für die Erholung der deutschen Volkswirtschaft, deren Wachstum mit den übrigen Volkswirtschaften Europas aufs innigste verknüpft ist. Aus diesem Grunde dürfen wir auch nicht erlahmen, die internationale Kohlenverständnis auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete zu fördern. Not lehrt verständigen!

Die Darlegungen des Kameraden Berger wurden beifällig aufgenommen, ebenso wie die Berichte der Geschäftsstellenleitung.

Jahreskonferenzen unseres Verbandes.

Bezirk Süddeutschland.

Am 1. März tagte im Münchener Gewerkschaftshaus die Jahreskonferenz unseres Verbandes. Zum Geschäftsbericht führte die Bezirksleitung aus, daß das Krisenjahr 1930 auch von den Bergarbeitern in Süddeutschland erhebliche Opfer gefordert habe, was in der Entlassung von über 20 Prozent der Gesamtbelegschaft und dem Einlegen von Feierschichten in Erscheinung trat. Dies kam besonders im letzten Vierteljahr im Kohlenbergbau zum Ausdruck, wo monatlich fünf bis sechs Feierschichten eingelegt wurden und trotzdem die Haldebestände einen Umfang annahmen, daß die Grube in Benzberg auf die Dauer von vier Wochen stillgelegt wurde. Die Gesamtproduktion im bayerischen Bergbau sei zwar um 50 000 T. zurückgegangen, die Leistung pro Mann und Schicht habe aber eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren.

Zur Grubensicherheit wurde mitgeteilt, daß unser Verband eine Eingabe an die Regierung eingereicht habe, worin auch die Forderung der süddeutschen Bergarbeiter, die Einführung von Grubensicherheitsmaßnahmen aus den Reihen der praktischen Hauer vorzunehmen, wirksam unterstützt wurde. Die Unfallziffer sei zwar im Jahre 1930 besonders im oberbayerischen Bergbau erheblich zurückgegangen, dies sei aber nicht auf eine größere Sicherheit in den Gruben, sondern in der Hauptsache auf das Einlegen der vielen Feierschichten zurückzuführen.

In organisatorischer Hinsicht sei trotz der Entlassungen und der mühen Hege der Gelben, des Stahlhelms und der RWD, die Mitgliederzahl auf gleicher Höhe geblieben, während die Zeiträumeinnahmen gegenüber dem Vorjahre noch um 12 Prozent gesteigert wurden.

Hierauf hielt Kamerad Hujemann ein Referat über die wirtschaftspolitische Lage. Er kam in seinen Ausführungen zu dem Schluß, daß mit den von den Wirtschaftsführern (Silberberg usw.) vorgeschlagenen kapitalistischen Mitteln, insbesondere dem Abbau der Löhne, die Wirtschaftskrise nicht zu beheben sei. Der Kapitalismus habe zwar seine historische Aufgabe, jovicil Güter zu erzeugen wie die Menschheit gebrauche, glänzend gelöst. Was er aber nicht fertiggebracht habe, sei die Frage der Verteilung dieser Güter. Diese Frage zu lösen sei die historische Aufgabe des Proletariats. Der Kampf gehe um die Frage: Sozialismus oder Kapitalismus?

Reicher Beifall wurde Hujemann für seine Ausführungen zuteil. Um den guten Eindruck des Vortrages nicht zu verwischen, verzichtete die Konferenz auf eine Diskussion.

Dann wurde noch Stellung genommen zur Notlage der Reichsnarppschafft. Dazu wurde nachstehende Entscheidung angenommen:

„Die am 1. März 1931 in München versammelten Vertrauensleute und Funktionäre des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter (Bezirk Süddeutschland) nehmen, gleich ihren norddeutschen Berufskollegen, mit großem Bedauern davon Kenntnis, daß die von den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums in der Hauptversammlung der Reichsnarppschafft am 22. November 1930 gemachten Versprechungen bis jetzt noch nicht eingehalten worden sind.

Es ist ausgeschlossen, die Reichsnarppschafft noch aus eigener Kraft zu erhalten. Eine weitere Beitragserhöhung ist unmöglich, da die seit Jahrzehnten geleisteten Beiträge schon immer bis an die Grenze des Möglichen gingen. Es ist aber auch unmöglich, die Renten, die jetzt schon kaum mehr die Höhe der Wohlfahrtsunterstützung erreichen, noch weiter zu kürzen, um so weniger, weil sie dann auch nicht mehr in einem gesunden Verhältnis zu den zu zahlenden Beiträgen stehen.

Die Bergarbeiter können für die Folgen des Krieges, der Inflation und der überfüllenden Rationalisierung nicht allein aufkommen. Es kann ihnen insbesondere auch nicht zugemutet werden, die Lasten der durch nichts gerechtfertigten Befreiung einer so großen Zahl von Betrieben aus der Knarppschaffspflicht auf sich zu nehmen. So ist z. B. die besonders schwierige Lage der Süddeutschen Knarppschafft, wo jetzt schon auf zwei Beitragszahler eine Pensionseinheit kommt, hauptsächlich dadurch hervorgerufen worden, daß die früheren staatlichen württembergischen Hüttenbetriebe ohne jede Entschädigung und noch dazu

ohne Befragung der Mitglieder und gegen deren Willen von der Knarppschaffspflicht befreit wurden. Diese Werte gehörten seit ihrem Bestehen zur Knarppschafft; die Lasten, die dort übernommen werden mußten, sind deshalb enorm hoch. In verhältnismäßig kurzer Zeit wird aber kein einziger Beitragszahler mehr in diesen Betrieben vorhanden sein.

Die süddeutschen Funktionäre des Bergbauindustriearbeiterverbandes fordern mit ihren norddeutschen Berufskollegen von der Reichsregierung durchgreifende Hilfe für die Reichsnarppschafft. Sollte es nicht möglich sein, mit Reichszuschüssen allein die dringend notwendige Sanierung der Reichsnarppschafft herbeizuführen, so halten auch sie die Erhebung einer Umlage auf das Produkt für unbedingt notwendig.“

Bezirk Hannover.

Am 22. Februar tagte die Bezirksjahreskonferenz in Hildesheim. Bezirksleiter Bode gab den Geschäftsbericht.

Angeichts der Wirtschaftskrise wurden Lohn- und Arbeitszeitbewegungen außer der Braunkohlen- und Erdölindustrie, wo pro Mann und Schicht 15 Pf. Lohnerhöhung erzielt wurden, nicht geführt. In Niedersachsen wurde die Arbeitsordnung zugunsten der Kameraden verbessert. Hier ist der Tarif zum 31. März 1931 kündbar.

Erfreulich ist die Tatsache, daß trotz dieser schlechten Lage der Mitgliederbestand im Bezirk stabil geblieben ist.

Am Rechtschutz wurde für die Kameraden die Summe von 76 658,40 M. herausgeholt.

Bei den Betriebsratswahlen erhielten die freien Gewerkschaften 157 Mandate (unser Verband 107), Christliche 5, sonstige 11 Mandate. Also auch hier konnten die Kommunisten mit all den gemeinen Lügen und Verleumdungen nichts erreichen. Hoffen wir, daß sie bei den diesjährigen Betriebsratswahlen ganz aus den Betriebsvertretungen verschwinden, was sich ein jeder Funktionär und Kamerad zur besonderen Aufgabe machen möge.

Einnützig und geschlossen stellt sich die Konferenz dann hinter folgende Entscheidung:

„Die am 22. Februar 1931 in Hildesheim versammelten Vertreter des hannoverschen Knarppschafft sowie die Funktionäre des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Bezirk Hannover, nehmen mit Bedauern davon Kenntnis, daß die von der Reichsregierung der Reichsnarppschafft zugesagte Hilfe noch nicht erfüllt worden ist.

Die Bergarbeiter sind in großer Sorge um das Schicksal ihrer Berufsversicherung. Jahresbeiträge haben sie zur Knarppschafft Beiträge gezahlt, in den letzten Jahren fast bis an die Grenze ihrer Kraft. Wenn dennoch die Knarppschafft in Finanzschwierigkeiten geraten ist, sind die Bergarbeiter daran schuldlos, die Ursachen liegen woanders.

Die überaus gesteigerte Rationalisierung und Technisierung des gesamten Bergbaus hat das Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern vollständig verschoben. Die Maschine hat in den letzten Jahren Hunderttausende von Bergarbeitern verdrängt, die Zahl der Invaliden und Witwen aber wesentlich vermehrt. Innerhalb von sechs Jahren hat sich die Zahl der Berufsinvaliden mehr als verdreifacht. Die Zahl der Witwen ist um mehr als 20 000 gestiegen. Die Opfer einer solchen Entwicklung dürfen nicht achtlos beiseite gesetzt werden. Mittel und Wege zur Sanierung der Knarppschafft sind in genügendem Maße vorhanden. Wenn die Regierung fast eine Milliarde Mark für die Landwirtschaft übrig hat, dürfen die Bergarbeiter sicherlich hoffen, daß auch für die Sanierung ihrer Berufsversicherung Mittel vorhanden sind.

Die Konferenz erwartet deshalb, daß Regierung und Reichstag dem tragischen Geschick der Reichsnarppschafft Verständnis entgegenbringen und die Wünsche und Forderungen der Bergarbeiter nicht unerfüllt bleiben. Die Bergarbeiter, Invaliden, Witwen und Waisen müssen von dem Schlimmsten verschont, die Ungewißheit muß baldigt von ihnen genommen werden.

Die Konferenz stellt sich einmütig hinter die von allen Verbänden am 8. Februar 1931 in Gassenkirchen aufgestellten Forderungen.“

Zum Tag des Buches.

22. März 1931.

Jetzt, nach den „Saison“tagen, nach den „Weißen Wochen“ auch mal ein „Tag des Buches. Nicht nur dazu, auf das Buch wieder aufmerksam zu machen und daran zu erinnern, daß das Buch die Aufgabe hat, zu unterhalten, zu belehren und zu formen, hat man diesen „Tag des Buches“ ermahnt, nein, ich glaube sagen zu dürfen, daß dieser Tag zum größten Teil dazu angetan sein soll, dem Buchhandel ein Geschäftchen zu bringen. Wie in der „Weißen Woche“ wird auch an diesem Tage manches aus den verstaubten Ecken geholt, um es an den Mann zu bringen. Große Vorbereitungen werden getroffen, um an diesem besonderen „Tag des Buches“ das Publikum anzuziehen. Alles wie bei Vorbereitungen für die Stoffsaison, mit nur einem — und wohl dem bedeutendsten Unterschied, nämlich der Preisfrage. Hier der Handel, um zu räumen, Platz zu machen für Neues, deshalb Preissturz in „Saison“tagen; dort der Handel, um zu räumen, Platz zu machen für den neuen Geist, durch den man verdienen kann. Und so über alles nachgedacht, frage ich mich: „Ist das die Aufgabe, welche das Buch als geistiges Produkt zu erfüllen hat, soll auch mit diesem Geistigen noch ein Geschäft gemacht werden, oder ist das Buch geschrieben, um neue Kulturwerte zu schaffen, um neu zu bilden, zu formen, um einen Halt zu geben?“ Mir scheint, als „handelt“ man mit Büchern nicht zum Nutzen der Allgemeinheit, für die sie geschrieben sind, sondern um sich eine Existenz zu schaffen.

Ist es da verwunderlich, wenn man auf dem Büchermarkt so manches findet, das eher dazu da ist, zu entleeren als zu belehren? Ist nicht, wie an der bürgerlichen Gesellschaftsordnung im ganzen, auch hier im einzelnen der bürgerliche Sinn schuld? Wie anders sieht es doch dort aus, wo sich der Proletarier aus eigener Initiative „sein Buch“ geschaffen hat. Denken wir nur einmal an die beiden großen Buchorganisationen „Büchergilde Gutenberg“ und „Bücherkreis“. Wie inhaltlich wertvoller ist doch hier so manches Buch gegenüber Büchern des öffentlichen Buchhandels in gleicher Preislage. Und was hier möglich ist, sollte es dort unmöglich sein? Nicht nur in den beiden proletarischen Buchorganisationen ist man in der Lage, ein gutes und billiges Buch zu schaffen, sondern auch in den Gewerkschaften. Hier und dort werden Mitgliederausgaben geschaffen, die in ihren Preisen gut erschwinglich sind. Nur so können Bücher zum Nutzen der Allgemeinheit werden, indem sie gemäß ihrem Wert auch die Verbreitung finden. Die eigenen Buchorganisationen zu stärken, nur durch die Gewerkschaftsbuchhandlungen, durch die Buchhandlungen der Arbeiterbewegung seinen Bedarf zu decken, soll unser Versprechen am „Tag des Buches“ sein.

Nur so kann der Tag des Buches werden, was er sein soll, nicht ein „Geschäft für den Verlag“, sondern ein Nutzen für die Allgemeinheit.

H. L. . . .

12. Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit **Woche vom 15. bis 21. März 1931**

HAUS UND LEBEN

Old Scotland — Kohle.

Schottlands Aufstieg begann mit der Kohle. Alt-Schottland war Sklavenland. Kohle-Schottland ist Freiheitsland.

Glasgow im Westen und Edinburgh im Osten, beides sind schwere eiserne Kugeln: verbunden durch die Eisenstange des Lowlands, des Tieflands: verbunden durchs Kohle- und Erzbecken. Mithle Bergmann stemmt Glasgow und Edinburgh aufwärts zur Sonne: Handel und Industrie!

Robert Burns, der Dichter, der Romantiker des schottischen Hochlands, er schrieb im 18. Jahrhundert. — Aber John Burns, der freie Arbeiter, der Sozialist, der handelte im 20. Jahrhundert. Er war britischer Minister, 1914, er war der einzige Staatsmann Europas, der im Juli 1914 gegen den Krieg offiziell protestierte, er demissionierte, er war der Wille und Ausdruck der schottischen Bergleute. No war — nig Krieg!

Was hat den Krieg überlebt? Die soziale Idee — alles andere brach zusammen. Heute, Britanniens bewährter Ministerpräsident: MacDonald, er kommt heraus aus dem schottischen freien Bergarbeitervolk. Friede!

Schottland ist das politische Rückgrat der großbritischen Labour Party, der sozialistischen Partei.

Ablen im Hochland, Lokomotiven im Tiefland — wer fliegt weiter und schneller? Die Kohle!

Große Schafherden wandern über Schottlands hohe Heiden. Schottland — Kohle, Erz, Wolle. Der Kapitalist schert uns alle — bis wir die Schere umdrehen.

An Schottlands Felswänden nagt und sägt die schäumende gurgelnde See. So nagt der Trieb zur Freiheit an der schottischen Seele.

Schottland ist Feuerland — trotz alledem und alledem!

Max Dortu.

Bilder aus dem Bergmannsleben.

„Seid ihr verrückt geworden, da oben? Ich glaube, ihr wollt mir die Knochen kaputt schmeißen mit euren Steinen!“, brüllt Hannes die Strebe herauf. Er sieht einen Meter vor der Rutsche und schaufelt eifrig in dem Steinhaufen, der vor ihm liegt. Der Schweiß perlt ihm über den Körper. Staub wirbelt in dichten Wolken auf, legt sich in die Nase und den Rachen des Arbeitenden und stimmert schwarz vor seinen Augen. „Verfluchte Arbeit!“, hört man ihn schimpfen.

Hannes kann sich kaum bewegen. Stempel neben Stempel steht in der Strebe. Sie ist kaum noch drei Fuß hoch. Zusammengebrückt, zerrissen ist das Hangende, die Steine sind zurück, der Steiger schimpft und wettet, daß der Steinverfaß nicht mitkommt. Hannes und die beiden Ripper bekommen die Schuld. Immer und immer haben sie nach Meinung des Steigers „keine Leistung“. Hannes ruft herauf, einer von den Rippern soll herunterkommen, er will die Rutsche ausbauen. Mag, der mit Jupp oben Steine kippt, kriecht herunter.

„Mensch, Hannes“, sagt er, als er unten ist, „der Steiger ist vorn am Stapel und tanzt wie ein Bär, den man auf glühende Platten gestellt hat. „Halt zehn“, schreit er uns an, „und erst sechs Wagen Steine gekippt! Was ist denn wieder da los?“ „Ja“, sage ich, „wir haben vier Stoßstempel behauen müssen, um überhaupt durch zu kommen. Kurz vor der Rippe mußten wir einen neuen Stempel auswechseln. Als wir dann anfangen zu kippen, geht die Rutschentour auseinander.“ „Herrgottsaframent, man soll euch zum Teufel jagen!“, brüllte er uns an.

„Der Kerl hat einen Vogel“, wirft Hannes dazwischen, indem er die Kette der festgebundenen Rutsche löst. „Die Kerls wissen ja nicht mehr, was Arbeit ist. Reparaturen sollen wir machen, die Steine sollen bei sein. Ja, Mensch, Mag, wir schufen, daß wir kaum noch unsere Knochen spüren, wenn wir zu Hause sind und hier wird man noch von so einem Teufel schikaniert.“

Mag und Hannes haben die Rutsche auseinandergedacht. Jetzt aber herausholen! Stempel an Stempel versperren den Weg. „Wir müssen zwei Stempel heraus schlagen, Mag.“ „Ja, Hannes, sieh' dir mal das Hangende an. Wir schmeißen uns tot, wenn wir das machen.“ „Wie sollen wir denn die Rutsche herauskriegen?“ Einen Augenblick überlegen sie. „Geh an die Seite, Mag.“

Hannes nimmt das Beil und bearbeitet den ersten Stempel. Knack, knack, meldet sich das Gebirge. Hannes schlägt noch einige Male und springt zur Seite. Ein dicker Stein poltert in die Rutsche und bleibt regungslos liegen. Beim zweiten Stempel kommen nicht soviel Steine.

„Run 'ran Mag, die Steine aus der Rutsche!“ Getrieben von dem Tempo und der Raserei der heutigen Arbeitsmethoden, gehen sie an den Stein. Sie reißen, zerrn, schlagen mit dem Hammer, bis es ihnen gelungen ist, den Stein fortzuschaffen. Dann holen sie die Rutsche heraus. Inzwischen sieht oben bei Jupp, der einen Stempel auswechselte, der Steiger. Nervös stößt er mit dem Meterstock vor den umgekippten Steinwagen.

„Ja, geht das noch nicht rund?“, ruft er plötzlich herunter. „Es ist zum Tollwerden in dieser Strebe!“ Dann ruft er dem Kohlenhauer, der damit beschäftigt ist, ein Schalholz zu schlagen: „Wieviel Kohlen sind geüben, Schulte?“ „Drei Wagen!“ „Keine Kohlen, keine Steine. Herrgott, der Alte (er meint den Betriebsführer) jagt uns bei der Förderung alle zum Teufel.“ Mit einem Satz springt er auf und läuft davon. Jupp schüttelt den Kopf und denkt, es wäre doch gut, wenn man im Kohlberg hegen könnte.

Nachdem Hannes den Verschlagdraht gezogen hat, geht es wieder los. Mit Krachen und Geföse stürzen die Steine hinunter. Hannes muß bei jedem Wagen schnell beiseite springen, sonst treffen ihn die Steine. Der Staub wirbelt in dichten Massen. Heinrich Schulte rappelt ununterbrochen mit dem Abbaueisen. Kohlen, Kohlen müssen wir schaffen. Wir stehen mit unserem Lohn erst auf 7,10 M. und heute ist der Bierundzwanzigste. So denkt Schulte. So denken alle Kumpels. Die Frauen daheim brauchen Geld. Feiertag und abermal Feiertag, drücken den Stempel mannigfacher Not tiefer und tiefer in die Gemüter der Frauen und Männer der Bergarbeiterschaft. Blasse, hohlwangige, zerlumpte und schmutzige Kinder sieht man in den Kolonien sich ihres traurigen Daseins freuen. Bergarbeiter — vor Jahrhunderten freie Menschen mit außerordentlichen Rechten, heute abhängig, gebunden an riesenhafte Unternehmungen, aufgefangen in dem Riesenwerk der Industrie, zusammengeballt in einer Not- und Lebensgemeinschaft.

„Mensch, hört auf zu kippen da oben!“, ruft erneut Hannes herauf. „Warum?“ fragt Jupp zurück. „Die Steine sitzen fest in der Rutsche.“ Wieder Aufenthalt. Einige dicke Steine sitzen fest, haben sich geklemmt. Jupp kriecht herunter. Hannes und Jupp zerrn und drücken mit Händen und Füßen an den Steinen. Langsam lösen sich dieselben und rutschen vorwärts. Der ganze Inhalt der Rutsche muß nun mit der Schaufel leergeschöpft oder heruntergedrückt werden, sonst ist ein weiteres Rutschen der vor oben kommenden Steine unmöglich, da kein Motor an der Rutschentour ist und die Strebe nicht mal halb stehend ist.

„Auch das noch!“ jammert Jupp. „Wir kippen heute keine fünfzehn Wagen Steine, wenn das so weiter geht.“ Hannes sagt nichts. Er setzt sich in die Rutsche und drückt mit dem Hintern die Steine herunter. Jupp sitzt vor der Rutsche und schaufelt. Hannes kriecht drei, viermal herauf, weil er sie mit einem Male nicht herunter bekommt. Dabei zerreiht er sich den Hosensboden vollständig. „Verfluchte Schweinerei“, knirscht er durch die Zähne, „dreißig Mark Abschlag, zehn Mark bekommt der Bäcker, fünf Mark der Metzger, fünf Mark der Kartoffelhändler, die Olle muß ein Paar Schuhe haben, der Kleinste auch, wo bleibt für mich Geld für eine Arbeitshose?“

„Hannes, uns geht es allen so. Wir sind selbst mit schuld daran. Es könnte anders sein, wenn wir alle geschlossen organisiert wären im Bergbauindustriearbeiterverband.“ „Jupp, sei still vom Verband, der macht doch nichts.“ „Hannes, du verkennt die Sache. Vieles ist anders als früher. Es könnte noch besser sein. Leider ist nur die Bergarbeiterschaft so zerrissen und uneinig. Der Unternehmer versteht es besser, sich zu organisieren.“ „Los, geh rauf, Jupp, wir müssen kippen“, jagt Hannes. „Na, ich weiß, die Wahrheit kannst du schlecht vertragen.“

In der Strebe.

Mag ist am Stapel und zieht Steine ab. Als sie wieder mit dem ersten Wagen durch die ziemlich einfallende Strebe fahren, gibt es einen Knack. Der Wagen ist zwischen die Schienen gefallen, die nur schlecht genagelt sind. Der Wagen liegt fast bis an die Achsen dazwischen.

„Es ist zum Davonlaufen“, ruft ärgerlich Mag. „Nichts wird gemacht, alle Reparaturen sollen wir auf Kosten unseres Geldes machen, auf der Straße liegen die Kumpels und möchten gerne arbeiten und hier fehlen sie an allen Ecken. Wie sollen wir bloß dieses Vieß von Wagen wieder drauf kriegen, Jupp?“

Eine halbe Stunde vergeht unter den größten körperlichen Anstrengungen, ehe der Wagen wieder auf den Schienen ist. Jupp holt Schienennägel und nagelt erst die Schienen. „Ich wollte bloß, der Steiger wäre dabei gewesen. Aber immer, wenn wir Murks haben, ist er nicht da“, bringt atemholend Jupp hervor. Sie arbeiten weiter. Es klappt alles. Bis auf die letzte Minute der Schichtzeit wird gearbeitet. Etwas früher Schicht machen, um sich abzukühlen, gibt es heute nicht mehr. Nachgeschwitzt geht es im Tempo zum Schacht.

Am Schacht werden schon die Marken verlesen. Der Steiger wartet schon auf Jupp. „Na, wieviel Steine habt ihr gekippt?“ „Bierzehn Wagen.“ „Mehr nicht?“ Jupp will dem Steiger klarmachen, warum nicht mehr gekippt worden sind, da dreht sich der Steiger schon um und geht ärgerlich davon.

Schichtwechsel.

Schwarz, müde, mit schmutzig-zerrissenen Kleidern stehen die Kumpels am Schacht. Eine Schicht ist wieder beendet. Der Nacht, dem Moder und schwülen Dunst der Grubenbaue entfliehend, laufen die Körbe hinauf. Mattes Zwielicht grüßt die gebückten, von der Erdentiefe geschundenen, zerquälten Männer. Ungeduldig reißen sie die Tore des Korbes auf. Ueber ihnen heben sich schwarze Dächer und verflochtene Fördergerüste in das Licht. Erfrischend strömt die Luft in die kohlenbestäubte Lunge. Wo die Augen einen Fehden des Himmels sehen, wenden sie sich mit ganzer Kraft, denn dunkle Strecken und Baue trüben die Blicke und lassen die Welt klein und eng erscheinen. Heute, wo Lohntag ist, ist es wieder lebendiger in der Waschkäue. Es ist, als bräute das Geld mehr Leben mit sich. Das Stimmengewirr der nackten sich wachsenden Männer, die dichtgepfert unter fliehenden Brausen Schweiß und Schmutz von sich spülen, der in kleinen Bächen davonfließt, verhallt dumpf murrend an den grauen Wänden des großen Raumes.

Es riecht hier nach Dampf und Kleiderdunst. Lachen und Gespräche mischen sich mit dem Lärm gegogener Ketten, an denen die Haken befestigt sind, worauf die Kumpels ihre Kleidung hängen. Die Ketten laufen über kleine Rollen und rasseln, wenn sie gezogen werden. Langgezogene quietschen die ungeschmierten Achsen der Rollen. Eng, fürchtbar eng ist es in dem Raum. Man stößt sich gegenseitig an, beschmutzt sich und die Kleidung. Der Fußboden ist dick mit Kohlenstaub belegt. Speichel liegt dazwischen. Jeder ist froh, wenn er aus der Waschkäue heraus ist.

Auf dem Heimweg.

Jupp, Hannes und Mag, die drei Kumpels, gehen gemeinsam zum Lohnschalter. Reiflohn bekommt keiner von den dreien. Die hohen Mieten und Abzüge bei dem jetzigen Verdienst fressen buchstäblich fast die Hälfte des Lohnes. Alle drei erhalten dreißig Mark Abschlag. Sie sehen sich verbissen an. Dreißig Mark Abschlag, keinen Lohntag! Daheim eine fünf-, sechs- und achtköpfige Familie. Die drei stampfen schweigend durch die Straßen. Sie wohnen zusammen in der Mietskammer, die am Spielplatz steht und wie ein großes Gefängnis aussieht. Keiner spricht ein Wort.

In ihren eingefallenen, bleichen Gesichtern malt sich die Dürstertät ihrer Gedanken. Sie gehen an den Wirtschaften vorbei. Früher tranken sie am Lohntag jeder einen Schnaps, ein großes Glas Bier. Heute müssen sie vorbeigehen. „Mensch“, sagt Hannes, „ist das ein Jammerdasein! Der Teufel möcht' wissen, warum man eigentlich lebt. Hat man vier Blagen in die Welt gesetzt, quält sich ab, bis man förmlich zusammenklappt, und weiß nicht, ob man in den alten Tagen noch etwas zu essen hat. Sonst ging ich mit der Olle jeden Monat nach Lohntag einmal ins Kino auf den billigsten Platz, damit die Olle auch mal eine Abwechslung hat. Mensch, die wird Augen machen, wenn ich ihr sage, diesmal gibt es mit dem Kino nichts.“

„Kino, Kino“, erwidert Mag, indem er Hannes in seine schwarzen Augen sieht, „meine Olle ist froh, wenn sie für sich und die Kinder mal eine Apfelsine kaufen kann.“

„Ihr habt doch wenigstens noch gesunde Frauen und Kinder“, wirft Jupp mit trauriger Stimme dazwischen, „aber was soll ich jagen mit einer Frau, die mehr krank als gesund ist?“

„Na, Jupp“, entgegnet Hannes, indem er in weitem Bogen von sich spricht, „wir haben alle unsere speziellen Nöte und Sorgen, dem einen macht die Frau Kummer, dem andern die Blagen, der dritte ärgert sich, daß er läuft, der vierte spielt leidenschaftlich Karte, der fünfte gerbricht an Liebeskummer usw. Es ist eben so. Mit allerhand Fehlern und Schwächen irgendwelcher Art sind wir alle behaftet. Licht und Schatten gehören eben zusammen. Beide ergänzen uns und schaffen einen Ausgleich in uns.“ „Und unferens“, legt er nach einer Weile fort, „was ist man schon? Ein dreißiger Bergmann! Man wüßt, schuftet, setzt Kinder in die Welt, von denen man nicht weiß, ob es gute oder schlechte Menschen werden, man wird alt und gebrochen dabei und geht schließlich eines Tages kaputt. Na, was soll es auch! Sind ja genug da, die auf den Arbeitsplatz lauern.“

Kurz vor der Mietskammer spielt eine Schar schmutziger zerrissener Jungen mit einem Gummiball. Sie schreien und toben, werfen sich voller Spielwut übereinander und sehen dabei weder rechts noch links. An der Kleidung dieser Burschen sieht man so recht die Not der Bergarbeiterschaft. Der eine trägt ein Paar Schuhe, die fast ohne Sohlen sind. Die große Zehe des rechten Fußes schaut mit dem Nagel heraus. Ein anderer hat eine Jacke an, die von Motten zerfressen ist und die, ihrem Aussehen nach vielleicht schon der Großvater getragen hat. Einem anderen wieder schimmert der Hosensboden wie ein Mozaikbild, so gestickt ist er.

Ungepflegt, körperlich und seelisch vernachlässigt durch die wachsende Not, sucht diese Jugend die spärlichen Freuden auf den Straßen und Hinterhöfen der monotonen, unfreundlichen Kolonien. Früh reif und früh alt wird und ist die junge Generation dieses Milieus. Die Jungen von Hannes und Mag sind auch dabei. Mag zieht den Ältesten am Ärmel: „Ich hab' dir doch gesagt, du sollst nicht mehr Fußball spielen. Wer zum Teufel soll dir denn die Schuhe kaufen?“ Der Junge sieht den Vater vorlegen an, als hätte er was ausgefressen, wischt sich mit den schmutzigen Händen den Schweiß von der Stirn und spricht mit ängstlicher Stimme: „Vater, was soll ich den ganzen Tag machen? In den drei Stuben ist ja so wenig Platz. Ich bin am liebsten auf der Straße.“ „Setz rauf, ruf heini und herbert und marsch nach Hause!“

Zu Hause.

Mag sitzt mit Frau und sechs Kindern am Tisch. Vor ihnen eine Schüssel mit Pfannkuchen. Die enge Stube ist voll blauen kratzenden Qualm. Bierig essen die Kinder drauflos. Mag macht ein saures Gesicht. Pfannkuchen, Kartoffelsuppe, Kartoffeln und Heringe. Etwas anderes kennt er seit Monaten nicht mehr. Ihm schmeckt es nicht. Seine Frau sieht ihn kummerdall an.

„Ja, Vater, es tut mir leid, dir nichts anderes aufzufischen zu können. Mit dreißig Mark kann ich nicht anders. Es muß noch, vieles anders sein außer dem Essen.“ „Schon gut, Mutter“, entgegnet er kurz. Heini und Herbert ganken sich um den letzten Pfannkuchen. Als die Mutter den Streit zur Zufriedenheit beider geschlichtet hat, wendet sie sich wieder an den Vater: „Du, wir haben keine Kohlen mehr. Die Deputatkohlen können wir nicht kaufen. Ich weiß aber was“, legt er schnell hinzu, „wir holen uns mit Nachbars Wagen Schlamm aus dem Zechengraben. Das Wasser des Grabens tritt sehr oft über, weil erhebliche Bodenfundungen vorhanden sind und sonderet brennbaren Schlamm ab.“

„Ja, was bleibt uns anders übrig“, pflichtet er, von einer Sorge erleichtert, freudig bei.

Von draußen ertönt Gelang. Die Kinder laufen an das Fenster. „Nazi, Nazi!“ rufen sie. Mag geht in die Schlafstube ans Fenster. „Heute abend acht Uhr öffentliche Volksversammlung an bekannter Stelle!“ brüllt heiser ein Nazimann. „Juden haben keinen Zutritt!“

Die fünfzehn bis zwanzig Jünglinge ziehen weiter. Mag schüttelt mit dem Kopf. Solche Wirrköpfe und Phantasten wollen das Volk befreien? Diese „Arbeiter“partei mit Prinzen, Adligen und Offizieren als Führer? Diese blutbedulerten Gefellen, mit deren Gemeinheit und Niedertracht keiner weiterfeiern kann, wollen Deutschland erneuern? Mag schließt das Fenster. Dann setzt er sich hin und liest aufmerksam seine Zeitung. Besonders freut er sich über die Niederlagen der Radaubanden im Reichstag. Am Abend kommt Jupp etwas herauf. Es wird eifrig diskutiert. Dann spielen sie Karten. In der Mietskammer wird es allmählich still, der Lärm auf den Straßen wird ruhiger. Ab und zu nur hört man eine Tür zuschlagen, ein Kind weinen oder lachen. In der unteren Etage singt ein Bursche zur Laute. Dann verstummten auch diese menschlichen Neuerungen. Luft und Pein, Freude und Not hüllt die Nacht in ihr Schweigen. Die Straßen sind leer. Nur der Mond wirft sein fahles Licht in die Hinterhöfe und scheint auf ein verstaubtes Liebespärcchen, dessen seliges Flüstern im dumpfen fernklingenden Lärm verhallt.

Morgens fünf Uhr. Sirenen heulen wie gierige Tiere. Der Tag beginnt. Müde gähmend steht Mag auf. Einen Schluck kalten Kaffee. Dann geht er. Bald ist er im Zechentor, in der Erdentiefe verschwand. Mit ihm hunderte anderer Kumpels. Gleich geht es in den Bau. Der Steiger sofort hinterher. Bergamt, wie früher? O nein! Die Rationalisierung hat diesen alten Bergmannsbrauch längst abgeschafft. Heute werden die Markennummern an die Reviertafeln geschrieben, das nötige Holz sofort mitgeschleppt bis vor Ort und dann: Los, ran!

Mag, Hannes und Jupp sind wieder an ihrer Arbeit. Zwei Schalhölzer sind wieder durchgebrochen. Die Rutschten liegen darunter. Hannes flucht wieder. Mit gleicher Melodie, mit gleichem Rhythmus wie am Tage zuvor, beginnt die Arbeit.

Mag, Jupp und Hannes buttern. Es ist zehn Uhr. Kurz erzählen sie, was so am Tage in der Welt passiert. Der Steiger kommt. „Ist der Bruch aufgeräumt?“ „Ja“, jagt Hannes. „Morgen wird eine Feiertag eingelegt, die Kohlenhauer kommen wieder. Seht zu, daß ihr mit den Steinen mitkommt.“

„So ist es richtig“, jagt Jupp erregt, „die nehmen die Kohlen weg, daß die Strebe fast aufsteht, wir können feste kippen und bei Feiertag zu Hause bleiben. In den Strecken wird nichts gemacht, da braucht man sich nicht zu wundern, wenn alles zu Bruch geht.“ Der Steiger knurrt etwas vor sich hin und geht. Die drei setzen ihre Arbeit fort. Hannes muß eine halbe Stunde später ausfahren. Ein Stein aus dem Hangenden ist ihm auf den rechten Arm geschlagen. Er kann den Arm kaum bewegen. Bergmannslos, denkt er, als er heimgeht. Vier Wochen krankfeiern bedeutet erneutes Schuldenmachen. „Der Teufel hol den ganzen Kohlberg!“, knirscht er wütend durch die Zähne.

Walter Geier.

Umschau halten!

August Bebel hat das Wort geprägt: „Seht euch eure Führer an!“ In der Tat, bei der jetzigen Wirtschaftskrise und der Offensive der Sozialreaktion müssen gerade die Arbeiter ihre Augen sehr weit öffnen und den Wunderdoktoren nicht nur auf den Mund, sondern auch auf ihre Taten sehen. Von dem Unternehmer ist sein Tun, seine Einstellung und Haltung bekannt. Anders ist es mit den Unternehmern aus dem Arbeiterlager selbst. Die Arbeiterschaft erkennt vielfach die Gefahr, die der sozialpolitischen Gesetzgebung zur Zeit droht. Der Gefahrenpunkt liegt nicht mehr beim Unternehmer allein, es helfen ihm noch Verbündete. Die Willkür der Kommunisten und die elende Demagogie der Nazis bilden mit dem reaktionären Streben der Unternehmer eine gemeinsame Front gegen die heutige Sozialgesetzgebung.

Die Kommunisten haben zur Sprengung der freien Gewerkschaften die RGD. eingesetzt und den „Einheitsverband“ geschaffen. Diese Organisationen sollen die Aufgabe haben, gegen die mangelhafte soziale Gesetzgebung anzukämpfen und man verspricht dem Industrieproletariat, daß nur sie die Verelendung aufhalten und den Hunger beseitigen können. Natürlich findet diese neue Bewegung auch einige Anhänger. Wehe aber, wenn die Arbeiter nur auf diese Demagogen angewiesen wären!

Von Rußland wissen wir, daß dort nicht der Hunger beseitigt ist, trotzdem genügend Agrarland vorhanden ist, und daß auch die übrigen sozialen Verhältnisse nicht gelöst sind. Die Gegenwart hat vielmehr in Rußland noch fast alle sozialen Probleme ungelöst gelassen.

Im Grunde sind die Kommunisten wie bei uns an den sozialen Tagesfragen desinteressiert. Die Lösung sozialer Probleme bringt für sie höchstens einen politischen Rückschlag.

Daselbe gilt von den Nazis. Predigen die einen ein Sowjetparadies, so die anderen ein faschistisches. Beide sind sich gleich in der sozialen Auffassung. In ihrem taktischen und organisatorischen Vorgehen haben beide eine verblüffende Einheitlichkeit. Diese ist weniger abgestimmt auf das Volk oder die Mitgliedschaft in ihrer Gesamtheit, als vielmehr auf die Führerschaft. Die Gesamtheit oder die Mitgliedschaft wird weniger eingeschätzt. Für die Herren vom Hakenkreuz oder Sowjetstern ist die Masse dumpf, denkfaul und erkenntnislos. Das taktische Argument lautet einfach bei ihnen: „Erledigen wir den Führer, dann haben wir die Masse.“ Dies Argument ist an sich bestimmt unrichtig gegenüber der Mitgliedschaft der Gewerkschaften, richtig aber vielleicht bei den Indifferenten.

„Gegen den Führer!“, das ist das Feldgeschrei der Ritter vom Hakenkreuz und Sowjetstern. Darum sehen wir uns die Führer an. Bei uns wird der Führer von der Mitgliedschaft gewählt, der Führer ist dieser verantwortlich. Er hat Bericht zu geben über sein Tun und Lassen. Somit ist er von der Mitgliedschaft abhängig und wird von dieser kontrolliert. Ist es bei

den Gegnern auch so? Nein und abermals nein! Das Zentralkomitee der KPD. kann ihren Führer nicht absetzen (siehe Absetzung Thälmanns im Wittorfstandal), dieses Recht hat nur Stalin in der dritten Internationale. Hitler bestimmt sogar, daß ein Mörder Reichstagsabgeordneter werden kann! Ist so etwas in den freien Gewerkschaften möglich?

Deswegen sehen wir uns die „Führer“ an. Der „Theoretiker“ der deutschen Kommunisten, Heinz Neumann, ist es, der heute durch die RGD. gegen die Führer der Gewerkschaften heizt. Dabei passiert ihm das Mißgeschick, daß er das Gegenteil von dem redet, was er im Jahre 1925 schrieb. In seiner Broschüre: „Was ist Volkswirtschaft?“ schreibt er: „Wer heute in unserer Partei „Raus aus den Gewerkschaften“ schreit, meint: „Raus aus der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse!“ Wer heute konkrete Forderungen „ablehnt“, lehnt es ab, die Kämpfe der ganzen Klasse zu führen und zu organisieren.“

Hier haben wir das Eingeständnis, daß die deutschen Gewerkschaften die Vertreter der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse sind. Wir müssen uns dies merken!

Der Kampf gegen den Führer müßte demnach hinfällig sein, und er kommt auch in bezug auf den „Bonzen“ zur Erleuchtung, denn er schreibt am gleichen Ort: „Eine alte anarchistisch-syndikalistische Strömung wendet sich seit jeher gegen den Parteiapparat. Das Geschrei über die „Bonzen“, die Forderung „Keine Angestellten!“ kehrt in der Geschichte der Arbeiterbewegung unaufhörlich wieder. Diese Forderung ist nichts als der Ausdruck kleinbürgerlicher Stimmungen, die sich nicht nur gegen den Apparat, sondern gegen die Organisation der proletarischen Vorhut überhaupt richten.“

Damit ist der sinnlose Kampf gegen die Führer ins rechte Licht gerückt und der Widerspruch klar herausgestellt gegenüber dem Verhalten der KPD., der RGD. und des Einheitsverbandes.

Dieser kommunistische Führer kommt zu dem Schluß: „Die Bonzenhege und das Schimpfen gegen die Angestellten sind eine glatte Unterstützung der konterrevolutionären Unterdrückungsorgane.“

In der Tat hat die KPD. trotz dieser Erkenntnis nichts getan, um den Zustand zu ändern, sie hat vielmehr weiter das Bürgertum und die Reaktion gelehrt, wie man den Kampf gegen den Führer führt, besonders gegen den Führer in den Gewerkschaften, der sich emporgearbeitet, der das Vertrauen der Mitgliedschaft erworben hat, der wegen seines Verständnisses und dem Willen zur Besserung der Lage der Arbeiterschaft bekämpft wird, weil er nur die Interessen seiner Auftraggeber, nämlich der Mitgliedschaft kennt, wahrnimmt und vertritt. Diese Führer zu halten und zu stützen, muß unsere Aufgabe sein. Wir verachten die Führer, die um Hitler und Stalin schweifwedeln. Bei ihnen finden wir die Verräter und Kapitalstnechte.

Darum: Umschau halten! W. F.

daß es ihm nicht darauf angekommen sei, Personen zu beleidigen, er wollte lediglich ein System treffen. In diesem Sinne trete er den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung an. Eine andere Erklärung könne nicht abgegeben werden. Der Rechtsanwalt der Kläger zeichnete sich durch eine übermäßige Schnoddrigkeit aus, wofür er vom Verteidiger Markwih in einer vornehmen Weise zurechtgestraft wurde. Mittlerweile wurde festgestellt, daß sich der oberirdische Betriebsführer der Zeche Neumühl unter den Schöffen befände. Man stelle sich die Situation vor: Der Direktor einer Grube nebst Inspektor und den beiden oberirdischen Betriebsführern sind Kläger, ihr untergeordneter und inkompetenter Kollege sitzt als Schöffe da. War es ein für die Kläger glücklicher Zufall? Jeder andere Staatsbürger würde aus Anstandsgefühl ein solches Schöffennamt niederlegen. Dies ist aber in diesem Falle nicht geschehen und so mußte der Verteidiger des Kameraden Schneider Ablehnung wegen Befangenheit beantragen. Das Gericht gab dem Antrag statt, zumal dieser Schöffe erklären mußte, daß er gesellschaftlich und freundschaftlich mit den Klägern verkehre.

Neuer Termin sollte am 11. März an demselben Gericht stattfinden. Am 7. März lief der eingangs wiedergegebene Beschluß ein.

Die Zeche Neumühl ist eine der radikalsten Rütten des Ruhrgebiets. In den vergangenen Jahren feierte dort der blöde Radikalismus wahre Orgien. Ganz gleich, welche Mängel dem radikalen Maulheldentum in den Weg kamen, alles hatte unter der Hand verschuldet. Sprachdörz und einzelne Papageien leierten das Versteck herunter — ob bei gebrochenen Stempeln, bei nassen Strecken, bei schlechten Wägen oder Schlenzern —: „Und wer ist schuld daran?“ „Der Bergarbeiterverband!“ Währenddessen schrieb die Direktion in einem Bericht, daß die Belegschaft ruhig sei, nur der sozialdemokratische Bergarbeiterverband bummelte sie durch Flugblätter. So war es richtig. Gemeinsam marschieren gegen unseren Verband.

Sie zogen aus, um den Verband zu vernichten und kehrten heim wie ein gewisser Ritter und sein Schildknapp vom Kampf gegen Windmühlensflügel — noch ehe wir zum Hieb kamen, Schade darum. Um den Ausfall der Gerichtsverhandlung nämlich. Sie wäre uns lieber gewesen als diese freiwillige Niederlage der Herren von Neumühl.

Kohlenhalben und Arbeitslose.

Die Tagespresse berichtet, daß 12 bis 15 Mill. T. Kohle im Ruhrgebiet auf Halben lagern. Hunderttausende von Arbeitslosen aber müssen neben dem Hunger, der sie plagt, auch noch frieren, trotzdem sie sozusagen auf den Kohlen wohnen. Doch was stört das unsere heutigen Machthaber, die Hauptsache ist, daß der Profit nicht geschmälert wird. Wenn in den Gebieten ohne Bergbau die Arbeitslosen keine Kohlen kaufen können, weil sie wegen der hohen Fracht zu teuer sind, dann ist das noch einigermaßen zu begreifen, aber hier, im Kohlengebiet, kann man das nicht. Würden die Unternehmer die Kohle, die sie auf den Halben liegen haben, nur zu dem unbedingten Selbstkostenpreis abgeben, dann wäre vielen geholfen. Die Menschen, die arbeitslos sind, können doch nichts dafür, daß sie aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet worden sind. Auch sie haben laut Verfassung einen Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein.

Es scheint mir aber, als wenn jener amerikanische Professor recht behalten sollte, der vor kurzem schrieb: Wer an Intelligenz oder Arbeitskraft unserer heutigen Wirtschaft nicht gewachsen ist, der soll ruhig im Straßengraben zugrunde gehen; nur der Mensch hat einen Anspruch ans Leben, der unserer heutigen Wirtschaftsform voll und ganz gewachsen ist. Denn, schreibt dieser gute Herr weiter, nehmen wir ein Stück Land und pflanzen kleine Bäumchen darauf; nach einigen Jahren werden wir sehen, daß viele von diesen Bäumchen größer und mächtiger geworden sind. Einige sind zurückgeblieben. Die großen und mächtigen nehmen den zurückgebliebenen die Sonne und die Nahrung weg. Mit der Zeit verkommen diese ganz und gar und sterben ab. So soll es auch, nach Naturgesetz, mit den Menschen gehen.

Wenn wir diese Theorie vom natürlichen Standpunkt aus betrachten, hat dieser Herr Professor recht. In der Natur ist es so, aber wir sind doch Menschen, wir sind doch die „Ebenbilder Gottes“, wir haben Vernunft und Verstand, wir sollen doch auf einer höheren Kulturstufe stehen!

Und doch will es mir scheinen, als hätte dieser Herr Professor fast recht, sonst könnten wir heute diese Zustände nicht haben in denen mancher sich Sorgen macht, wie er sein Geld durchbringen kann, dagegen der andere nicht weiß, wie er seine hungerigen Kinder sattkriegen soll.

Wenn einer, wie schon erwähnt, bei dem Hunger noch frieren soll, wo er doch gewissermaßen auf dem Kohlenhaufen sitzt, vor dem er aber kein Pfund nehmen darf, weil er sonst mit dem Gericht in Konflikt kommt, dann grenzt das schon an Irrsinn.

Mit der Zeit werden die Zehngewaltigen nicht verhindern können, daß die Arbeitslosen sich das nehmen, was sie unbedingt brauchen, denn Hunger tut weh. Und wenn man dabei noch friert, dann hat man keinen klaren Verstand mehr, man wird dann langsam zum Tier. Ein Tier aber, wenn es Hunger hat, nimmt sich mit Gewalt das, was es braucht, um sich sattessen zu können.

Wie wäre es, ihr Wirtschaftsgewaltigen, wenn ihr die Kohle ehe sie auf dem Haufen in Wind und Wetter vermodert und nur Schutt übrig läßt, den armen Arbeitslosen, die von euch ausgebeutet worden sind, zum Deputatohlenpreis abgeben würdet? Man soll das Arbeitslosenheer nicht leicht nehmen, denn die fünf Millionen Arbeitslosen, die wir in Deutschland haben, sind eine Macht. Man treibe die Sache nicht auf die Spitze, damit man nicht in kurzer Zeit bereuen wird, daß nicht schon eher an dieses Problem gedacht und Abhilfe zu schaffen versucht wurde. Seht hat man noch die Macht und die Mittel dazu, um helfend einzugreifen. Die Verärgerung der Massen ist groß, es bedarf nur eines kleinen Anstoßes und das Feuer ist entfacht!

Darum die Forderung: Schafft Arbeit und Brot für die Massen, wenn auch einige Zeit keine Dividenden ausgezahlt werden können. Die Massen wissen ganz genau, daß es in Deutschland Menschen gibt, die jährlich 600 000 M. und mehr verdienen, dann sind sie noch Aufsichtsräte und Aktionäre, was alles zusammen so ungefähr eine Million Mark einbringt.

Ein verheirateter Arbeitsloser mit einem Kind bekommt, wenn er in der Wohlfahrt ist, keine 20 M. Ein Arbeiter, der noch beschäftigt ist, verdient, um eine runde Zahl zu nennen, 2000 M. im Jahr, müßte also 500 Jahre arbeiten, um das Jahresgehalt eines Generaldirektors zu verdienen.

Darum, ihr Wirtschaftsgewaltigen, seht euch vor, ihr seid gewarnt, seid Menschen und keine Mammonsjäger, denn das kann sich bitter rächen!

H. E.

Aus dem Ruhrgebiet.

Kohlenbrand auf der Zeche Neumühl.

Schrammohle durch die Schrämmaschine in Brand gesetzt.

In der Nacht vom 25. zum 26. Februar fing in Revier 20 Feßl; plötzlich die Schrammohle an zu brennen. Es ist bekannt, daß bei Anreizen des Schwefeltes durch die Schrämmaschinenpfeifen große und gefährliche Feuergefahren entstehen. Wie gefährlich dieses Feuer ist, zeigt vorliegender Fall. Wenn schon die Kohle dadurch in Brand gesetzt wird, werden auch ohne Zweifel etwa vorhandene Schlagweiter dadurch gezündet.

40 bis 50 Meter lang loderte die Flamme am Kohlenstoß entlang. Die darüber Beschäftigten mußten fluchtartig ihre Arbeitsstelle räumen. Es wurden sofort starke Kolonnen eingesetzt, die mit Steinzaub dem Brand zu Leibe rückten. Er wurde verhältnismäßig schnell mit diesen Mitteln gelöscht. Die Zeche versuchte nach Wiederherstellung des ordnungsmäßigen Zustandes mit der Schrämmaschine weiter zu arbeiten. Die damit beauftragten Belegschaftsmitglieder weigerten sich jedoch. Die Bergbehörde hat dann die Schrämarbeit vor diesem Abbaustoß unterbunden.

Die Herren von Neumühl.

Wie sie sich selbst verurteilt haben.

Oberinspektor Otto Faust, Inspektor August Wengeler, Betriebsführer Friedrich Böll und Betriebsführer Wilhelm Zeuschke, alle auf der Zeche Neumühl in Hamborn, verklagten unteren Hamborner Geschäftsführer Frh. Schneider wegen Beleidigung. Der Staatsanwalt, sehr dienstbeflissen, erhob Anklage im öffentlichen Interesse. Die Klage läuft seit April 1930. Nunmehr erhielt der Kamerad Schneider folgendes Schreiben vom Gericht:

„Beschluß.“

In der Strafsache gegen den Schriftleiter Friedrich Schneider in Hamborn am Rhein, Am Stadion 38, wegen Beleidigung durch die Presse wird das Verfahren eingestellt, da die Beleidigten Faust, Wengeler, Böll und Zeuschke den Strafantrag zurückgenommen haben. (194, 64 StGB.)

Die Kosten des Verfahrens tragen die Antragsteller. (§ 470 StGB.)

Hamborn, 6. März 1931. Das Schöffengericht.

Der Termin vom 11. März 1931, 10½ Uhr ist aufgehoben. Sie werden hiermit auf gerichtliche Anordnung abbestellt.“

Gewiß sagt Ben Afrika, daß alles schon einmal da gewesen sei. So etwas war aber noch nie da. Eine Beleidigungsklage der Bergwerksdirektoren und des Staatsanwaltes gegen einen Gewerkschaftssekretär und zum Schluß: zurückgezogen! Nein, das ist entschieden neu. Schade. Uns wäre eine Gerichtsverhandlung viel, viel lieber gewesen.

Zum Sachverhalt folgendes:

Gelegentlich der vorjährigen Betriebsratswahlen im März gab unsere Hamborner Geschäftsstelle eine illustrierte „Belegschafts-Zeitung“ heraus. Unter anderem war darin ein Artikel gegen die Kommunisten, insbesondere gegen ihren Oberwachmeister Sobottka, enthalten. Sobottka hatte nämlich als Mitglied der Grubenfischerkommission eine Befahrung des Unfallauschusses auf Neumühl beantragt. Diese Befahrung war ein halbes Jahr lang hinausgeschoben. Als sie dann vorgenommen wurde, fanden Sobottka und seine kommunistischen Betriebsauschuf-

mitglieder alles in Ordnung. Da auf Neumühl vieles in Unordnung war, gliederte die „Belegschafts-Zeitung“ diese kommunistische Klassenkampfpisode. Auch wurde dem Sobottka gesagt, daß es ihm um die Mißstände auf Neumühl gar nicht ernst gewesen sei; denn nach den geltenden Vorschriften hätte er schon zwei oder drei Tage nach seinem Antrag allein, nur in Begleitung des Vorsitzenden der Grubenfischerkommission auf Neumühl befahren können. Das hat er nicht getan, sondern sich ein halbes Jahr lang verträumen lassen, um dann auch noch nichts zu finden, obwohl genügend Mißstände vorhanden waren.

Im Anschluß an diese Beleidigung gegen die Kommunisten schrieb dann noch die „Belegschafts-Zeitung“, daß auf der Zeche Neumühl, die Richtlinien des Oberbergamtes zur Verhütung von Stein- und Kohlenfallunfällen nicht eingehalten werden. „Die Entfernung des Ausbaues ist zu weit, die Schalzhölzer viel zu schwach und die Windortbetriebe bilden stets erhöhte Unfallgefahr.“ Durch diese Bemerkung fühlten sich die Herren von Neumühl getroffen.

Als der Kamerad Schneider den Bescheid erhielt, daß der Staatsanwalt gegen ihn klagte, erklärte er in unserer Verbandszeitung „Die Bergbau-Industrie“ Nr. 23 von 1930, er habe nachträglich festgestellt, daß das Bergveriamt Dinslaken der Zeche Neumühl Sondergenehmigungen erteilt habe, die vernunftwidrig weit über die Richtlinien des Oberbergamtes hinausgehen. Sein Vorwurf treffe nunmehr auch das Bergveriamt. Im übrigen wolle er die Verhandlungen abwarten.

Dieser Erklärung Schneiders fügten wir noch eine längere Polemik über die Mißstände auf der Zeche Neumühl an. Darin wurden genaue Angaben über den Ausbau, den Bergveriamt ihm gemacht. Infolge dieser Mitteilungen fühlte sich das Oberbergamt veranlaßt, die Verhältnisse auf der Zeche Neumühl einer genauen Prüfung zu unterziehen. Es fanden dort mehrere Befahrungen durch das Oberbergamt statt mit dem Erfolg, daß sich die Zeche Neumühl zur Wenderung ihres Ausbau- und Verfahrungsplans bereit erklärte.

Das war allgemein bekannt. Um so erstaunter waren wir, als der Staatsanwalt dem Kameraden Schneider eine Klage schrift am 29. September zugehen ließ, worin es hieß, daß nach Feststellung des Preussischen Oberbergamtes in Dortmund der erhobene Vorwurf der Berechtigung entbehrt und ehrenverlegend sei. Wer zum Rückruf wird dem Staatsanwalt einen solchen Floh ins Ohr gesetzt haben? Es war doch allgemein bekannt, daß infolge der vielen Befahrungen des Oberbergamtes, die es auf Grund unserer Mitteilungen in der Verbandszeitung gemacht hat, Wenderungen eingeleitet seien. Das Oberbergamt konnte also unmöglich einen Bescheid ergehen lassen, wonach auf Neumühl alles in bester Ordnung gewesen wäre.

Dem Kameraden Schneider stand der Rechtsanwalt Markwih aus Duisburg als Verteidiger zur Seite. Dieser beantragte Herbeiführung der Oberbergamtsakten. Außerdem wurden eine ganze Reihe Belegschaftsmitglieder von Neumühl als Zeugen geladen, deren Aussagen zweifelsohn einen Freispruch des beklagten Kameraden Schneider hätten herbeiführen müssen. Im übrigen konnte Schneider nachweisen, daß die Unfallziffern auf der Zeche Neumühl in den Jahren 1927 bis 1929 um 50 Proz. und höher lagen als im Oberbergamtsbezirk Dortmund und daß es deshalb seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit wäre, für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter einzutreten. Außerdem und vor allen Dingen kam es uns darauf an, zu erfahren, wie der Staatsanwalt zu einer derartigen Mitteilung des Oberbergamtes gekommen ist. Wir bezweifelten nämlich und bezweifelten auch heute noch das Bestehen eines solchen Oberbergamtsbeschlusses.

Am 11. Februar fand Termin statt vor dem großen Schöffengericht in Hamborn. Der Vorsitzende regte zunächst einen Vergleich an. Der Vertreter des Kameraden Schneider erklärte,

Gefährdung der Grubenicherheit durch Gedingelöhner.

Im Ruhrbergbau unterhalten verschiedene Bergwerksgesellschaften sogenannte Gedingelöhner. Es handelt sich um Steiger, die bei Neuausschließung von Flözen oder Abbauteilungen in Funktion treten. Ihre Aufgabe ist, die Leistung möglichst hochzutreiben. Man nennt sie auch manchmal „Lehrsteiger“, eine Bezeichnung, die falsch ist. Es handelt sich in neun von zehn Fällen um bestbewährte Antreiber, und eine Antreibererei hat mit Lehre nichts zu tun. Sie treten auch dann in Funktion, wenn es in irgendeinem Steigerrevier „nicht klappert“.

So unterhält der Köln-Neuessener Bergwerksverein die solcher Steiger; darunter befindet sich auch der Steiger Grafen Wle er seine Tätigkeit aufsaßt, darüber berichtet unsere ständige Geschäftsstelle in Essen. Auf der Zeche Karl, erste öffentliche Abteilung, Flöz 4 nach Süden, Abbaustoß von der Sohlenstrecke bis Ort 5 wurde in der Morgenschicht ein Kohlenstoß abgebohrt vorgefunden. Der hinzukommende Steiger Grafen sagte, daß die Schiffe auf einmal kommen müßten, sonst könnte man nichts verdienen. Er besorgte selbst eine große Zündmaschine von einem Gesteinsbetrieb. Der beauftragte Schießmeister besetzte die Schiffe mit Eschbach-Zündern, also Zeitzündern, einhandlungswiese, die gemäß § 224 Abs. 2 der Bergpolizeiverordnung für den Oberbergamtsbezirk Dortmund, verboten ist. Die Schiffe wurden auch mit Zeitzündern abgetan.

Es kam hierauf dann zur Anzeige. Nun behauptet der Steiger, nicht gewußt zu haben, daß der Schießmeister mit Zeitzündern besetzt habe. Er sagt zwar, daß er angeordnet habe die Schiffe gleichzeitig abzutun, doch sollte dieses mit zulässigen elektrischen Zündern geschehen. Er sagte weiter bei der Untersuchung, daß er nur einen Knall gehört habe.

Daß mit Eschbach-Zündern geschossen wurde, steht fest. Der Schießmeister hat dieses bereits zugegeben. Alle Beteiligten haben die Reihenfolge der Schiffe erzählt, nur der Steiger will einen einzigen Knall gehört haben. Hier muß die Bergpolizei sich der Sache besonders annehmen. Es muß geprüft werden, ob ein solch schwerhöriger Mann überhaupt als Aufsichtsperson in Frage kommen kann. Im übrigen kann die Bergpolizei leicht feststellen, daß dieser Gedingelöhner eine Notlüge gebraucht. Die Schiffe waren nämlich so angelegt, daß einer vom andern abhängig war. Sie konnten deshalb nur hintereinander und nicht gleichzeitig abgeschossen werden. Das hat auch Grafen gesehen und infolgedessen mußte ihm von vornherein klar sein, daß solche Schiffe seiner Anweisung gemäß nur mit Zeitzündern abgeschossen werden konnten.

Aus dem Saargebiet. Um die Rechte der Sicherheitsmänner. Gegen die Stilllegungen.

Am 8. März fand im Arbeiterwohlfahrtsheim zu Saarbrücken die Jahreskonferenz der Sicherheitsmänner und Arbeiterschuttmittelglieder des Saarbergbaues unseres Verbandes statt. Neben Verbandsmitgliedern stand auch zur Tagesordnung ein Vortrag des Bezirksleiters Schwarz über: „Aufgaben, Rechte und Pflichten der Sicherheitsmänner und Arbeiterschuttmittelglieder“. Schwarz ging unter anderem auf die gesetzlichen und tariflichen Rechte der Sicherheitsmänner und Arbeiterschuttmittelglieder nach der bestehenden Bestimmung ein und behandelte besonders die Maßnahmen zur Sicherheit der Gruben, welche durch die im letzten Jahre hervorgerufenen Unglücksfälle besondere Beachtung verdienen. Die Organisationen haben bei der Regierung und dem Oberbergamt auf die unhaltbaren Zustände auch im Saarbergbau hingewiesen. Mehrfache Besprechungen mit dem zuständigen Minister Morice und dem Berghauptmann hatten das Ergebnis, daß verschiedene Bestimmungen der heutigen Gesetzgebung durch Verfügung des Oberbergamtes ergänzt werden sollen. Ein vorläufiger Entwurf sieht nachstehende Vänderung vor:

Entwurf

betr. die Erweiterung der Rechte der Sicherheitsmänner.

I.

Maßnahmen, die durch das Oberbergamt zu treffen oder zu veranlassen sind.

1. Der Bergrevierbeamte oder sein Einfahrer haben sich bei ihrer Befahrung einer Abteilung vierteljährlich wenigstens einmal durch den Sicherheitsmann begleiten lassen. Sie haben bei jeder Befahrung einer Abteilung den Sicherheitsmann pflichtgemäß zu befragen. (Diese Maßnahmen sind in ihren Grundzügen im Berggesetz vorgegeben.)

2. Wie bisher hat der Bergrevierbeamte zu jeder Untersuchung eines schweren Unfalles den Sicherheitsmann zuzuziehen, damit derselbe an der Untersuchung und gegebenenfalls an der Ortsbesichtigung teilnehmen kann.

Der Sicherheitsmann hat an jeder Untersuchung teilzunehmen. (Dies ist den Vertretern der Bergarbeiterschaft einzuschärfen.)

II.

Maßnahmen, die von den Grubenverwaltungen zu treffen sind.

1. Der Sicherheitsmann muß in einer der beiden Förderstrecken beschäftigt werden.

2. Wenn die Sicherheitsverhältnisse einer Abteilung oder einer Grube schwierig erscheinen, so kann der Arbeiterschuttmittelglied entweder aus eigenem Antrieb oder auf Anfordern des Sicherheitsmannes bei der Direktion eine Erhöhung der vorgeschriebenen Zahl der Befahrungen des oder der betreffenden Sicherheitsmänner für eine bestimmte Zeit beantragen. Berufung kann beim Bergrevierbeamten angebracht werden.

3. Der Sicherheitsmann muß mit einer Flammfahrscheinenslampe ausgerüstet sein.

4. Jeder Sicherheitsmann hat Zutritt zum Ingenieur Divisionäre der Grube, um ihm Feststellungen, die ihm hinsichtlich der Sicherheit von Bedeutung erscheinen, zur Kenntnis zu bringen.

Gleichzeitig kann er ihm Beschwerden vorbringen, die er gegen Aufsichtspersonen geltend zu machen hat, die ihm bei der Ausführung seiner Tätigkeit als Sicherheitsmann auf irgendwelche Weise Schwierigkeiten gemacht haben.

5. Im Falle einer dringenden Gefahr kann der Sicherheitsmann beantragen, sobald wie möglich eine außerordentliche Befahrung vorzunehmen zu dürfen. Diese außerordentliche Befahrung ist durch die Grube zu bezahlen, sofern die zur Begründung dieser Befahrung angeführten Umstände sich nicht als falsch erweisen.

6. Wenn in dem Falle, daß der Sicherheitsmann in seinem Jahrbuch „dringende Gefahr“ eingetragen hat, die von der Grube

ergriffenen Maßnahmen ihm nicht ausreichend erscheinen, hat er das Recht, hierüber sofort dem Bergrevierbeamten schriftlich zu berichten.

7. Die vom Arbeiterschuttmittelglied für notwendig erachteten außerordentlichen Befahrungen sind von der Grube zu bezahlen, sofern die zur Begründung angeführten Umstände sich nicht als falsch erweisen. Berufung ist beim Bergrevierbeamten anzubringen.

Entwurf betr. das Zusammenarbeiten zwischen Bergarbeiterorganisationen und Oberbergamt.

Um ein innigeres Zusammenarbeiten zwischen den Bergarbeiterorganisationen und dem Oberbergamt in allen Sicherheitsfragen zu gewährleisten, soll vierteljährlich einmal beim Oberbergamt eine Besprechung stattfinden, an der teilnehmen: der Berghauptmann, der ständige Vertreter des Berghauptmanns, je ein Vertreter der beiden Bergarbeiterorganisationen oder deren Stellvertreter.

Ein Oberbergamt, der Mitglied des Oberbergamts ist, hat an der Besprechung als Protokollführer teilzunehmen. Er hat nötigenfalls eines der beiden Mitglieder des Oberbergamts im Falle der Abwesenheit zu vertreten.

1. Nach dieser periodischen Besprechung werden die Vertreter des Oberbergamts die Bergarbeiterorganisationen über die hauptsächlichsten Sicherheitsmaßnahmen, soweit sie von allgemeiner Bedeutung sind, unterrichten. Das Oberbergamt kann, wenn es zweckmäßig erscheint, die Stellungnahme der Bergarbeiterorganisationen nachsuchen hinsichtlich solcher neuer Maßnahmen oder solcher Abänderungen der bergpolizeilichen Bestimmungen.

2. Die Bergarbeiterorganisationen können ihrerseits die Stellungnahme des Oberbergamts nachsuchen oder das Eingreifen des Oberbergamts beantragen hinsichtlich verschiedener Fragen, die für die Sicherheit und die bergpolizeilichen Vorschriften von allgemeiner Bedeutung sind. Sie haben mindestens 14 Tage vor der Besprechung dem Oberbergamt diejenigen Fragen schriftlich mitzuteilen, die bei der betreffenden Zusammenkunft besprochen werden sollen. Bei diesen Besprechungen sind nur Fragen von allgemeiner Bedeutung oder besonders schwere Fälle zu behandeln. Die laufenden Einzelfälle sind, wie es in den gesetzlichen Bestimmungen vorgesehen ist, durch den Bergrevierbeamten zu behandeln.

Wenn ein derartiger Fall auf dem normalen Wege bearbeitet wurde, jedoch nicht zur Zufriedenheit der Bergarbeiterorganisationen entschieden worden ist, so kann dieser Fall bei einer Besprechung vorgebracht werden.

Die Organisationen halten es für dringend notwendig, daß auch Gewerkschaftsangehörige auf Antrag die Grube befahren können, um technische Neuerungen im Interesse der Sicherheit der Bergarbeiter kennen zu lernen. Auch müssen die Organisationsvertreter das Recht haben, bei größeren Unglücksfällen an den Untersuchungen und Befahrungen teilzunehmen. Desweiteren ist es eine dringende Notwendigkeit, daß die Ausschussmitglieder über Lage an der Untersuchung der Unglücksfälle teilnehmen, daß sie eine Befahrung der Betriebe auf ihre Sicherheit hin prüfen können und wie die Untertage-Sicherheitsmänner den Entlassungsschutz genießen.

Kamerad Schwarz berichtete weiter über das Lohnergebnis, über die gedachte Maßnahme betreffs Stilllegung von Gruben und kam zum Schluß auf die Spaltungspolitik der AGD. zu sprechen.

In der Aussprache kamen Vertreter aller Inspektionen zum Wort. Die Sicherheitsmänner führten lebhaft Klage, daß auch zur Zeit noch von seiten der Grubenverwaltung die Sicherheitsbestimmungen nicht eingehalten werden. Zu Unfalluntersuchungen werden noch immer, trotzdem das Oberbergamt eine diesbezügliche Verfügung herausgegeben hat, in einzelnen Fällen die Sicherheitsmänner nicht zugezogen. Bei großen Aufschößen werden Fluchtstrecken nicht nachgeführt, so daß die Bergarbeiter sich dadurch in Gefahr befinden.

Beschwerde wurde geführt über den Rückgang der Gedingelöhne, desweiteren, daß die Not der Bergarbeiter äußerst groß ist. Besonders wurde verlangt, daß die Uebertage-Ausschussmitglieder die Rechte der Sicherheitsmänner in bezug auf Befahrung der Betriebe, Teilnahme an den Unfalluntersuchungen und den Schutz gegen Entlassung erhalten müssen. Lebhafteste Beschwerde wurde geführt von den beteiligten Ausschussmitgliedern über die Stilllegungen, besonders der Grube Dilsburg.

Ein Antrag der Sicherheitsmänner verlangt weiter, daß Kurze über arbeitsrechtliche Fragen stattfinden sollen.

Einstimmig hat die Konferenz ihrem Willen durch nachstehende Entschlüsse Ausdrück gegeben:

„Die am 8. März 1931 im Hause der Arbeiterwohlfahrt in Saarbrücken tagende Konferenz der Sicherheitsmänner und Arbeiterschuttmittelglieder der Saargruben, welche im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands organisiert sind, stellt sich betreffs Abschluß des Tarifvertrages hinter die Beschlüsse der am 15. Februar tagenden Revierkonferenz.“

Die Sicherheitsmänner verlangen von Bergbehörde und Regierungskommission infolge der sich häufenden Unglücksfälle im Bergbau mehr Schutz und Rechte bei Ausübung ihrer gesetzlichen Aufgabe. Schutz und Rechte sind auch auf die Uebertage-Ausschussmitglieder auszudehnen.

Die Konferenz protestiert gegen die geplante Stilllegung von Gruben und verlangt von der Bergwerksdirektion, daß, wenn sich die Stilllegung nicht verhindern läßt, alle Arbeiter auf anderen Gruben restlos beschäftigt werden.

Die Sicherheitsmänner erwarten infolge der verminderten Kaufkraft eine Herabsetzung aller Preise. Es ist Pflicht der Regierungskommission, den Bergarbeitern, welche bereits 27 Feiertagen hatten, eine einmalige Kurzarbeiterunterstützung zu zahlen.“

II.

„Die in der heutigen Sicherheitsmännerkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands anwesenden Sicherheitsmänner der Inspektion X nehmen entschieden Stellung gegen das Vorhaben der Bergverwaltung, die Schachtanlage Dilsburg stillzulegen, aus folgenden Gründen:

Jahrzehntelang ist die Bevölkerung des oberen Köllertales aufs engste mit der Schachtanlage Grube Dilsburg verbunden. Bei den heutigen ohnedies schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen erscheint es der Bevölkerung des oberen Köllertales als unmöglich, auf den Bezug ihrer Kohlen von der Schachtanlage Dilsburg zu verzichten, da sich die Transportkosten auf das Doppelte, ja sogar Dreifache erhöhen würden. Da die Möglichkeit besteht, auch bei Abteufen des Schachtes (durch den ansteigenden Querschnitt von der zweiten Sohle) den Bedarf des Landabfuges zu decken, erscheint es den anwesenden Sicherheitsmännern als angebracht, die Bergverwaltung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse bei gänzlicher Stilllegung der Schachtanlage Dilsburg aufmerksam zu machen und im Interesse der betreffenden Einwohner wenigstens den Landabfuß beizubehalten und bei Verlegung von Belegschaftsmitgliedern die örtlichen sowie die Fahrgelegenheiten der Betroffenen berücksichtigen zu wollen.“

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Bochum-Altenbochum II. Am 8. März starb nach längerem Leiden unser trauer Kamerad Georg Wolff, Haupt im Alter von fast 72 Jahren. Er war Mitbegründer unseres Verbandes im August 1889 in Dorfeld. Nach der Gründung war er auch als erster Vertrauensmann der damaligen Zahlstelle Altenbochum lange Jahre tätig. Möge der alte Schorck unserer Jugend als ein Vorbild vor Augen stehen. Nie werden wir sein Andenken vergessen!

Zahlstelle Bochum-Weitmar I. Unsere Zahlstelle verlor in kurzer Zeit drei Kameraden der alten Garde infolge Berufskrankheit. Es sind dies Kamerad Heinrich Renke, ein Mitbegründer des Verbandes, Gustav Corbach und Johann Georg mit insgesamt 91 Jahren Mitgliedschaft. Ihre aufopfernde kameradschaftliche Tätigkeit als Funktionäre war beispiellos. Ihre Namen sind in unsere Herzen eingeschrieben!

Zahlstelle Cainsdorf. Im Februar starb unser Kamerad Johann Groß. Ueber elf Jahre hielt er unserer Organisation die Treue. Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Costebrau. Ein alter Kämpfer, Reinhold Drohla, Mitbegründer der Zahlstelle Costebrau, ist am 12. Januar von dem Allbezwinger Tod aus unseren Reihen gerissen worden. Immer wenn es hieß für die Organisation tätig zu sein, war der alte Reinhold zur Stelle. Er war ein Kämpfer und ein Vorbild für unsere Jugend. Nicht irrt werden an der Organisation, war seine Parole. Wir geloben, sein Andenken zu ehren, indem wir in seinem Sinne am weiteren Aufbau der Organisation arbeiten werden.

Zahlstelle Gerthe I. Wir verloren durch den Tod unsere beiden Kameraden Karl Zobel und Jakob Juszkowia. Der erstere starb an der typischen Bergmannsfrankheit, Steinstaublung, während der alte Kamerad Juszkowia das wohl seltenste Bergmannsalter von 76 Jahren erreichte und somit die ewige Ruhe wohl verdient hat. Ueber 30 Jahre lang hat er der Organisation die Treue bewahrt. Wir werden das Andenken der beiden Kameraden stets in Ehren halten!

Zahlstelle Kaisercau. Ende Februar verstarb unser Kamerad Heinrich Brunns. Er war ein treues Mitglied. Wir werden seiner stets gedenken!

Zahlstelle Kollfnik. Unerwartet und schnell hat der Tod den Kameraden Franz Rother aus dem Kreise seiner Familie und Kameraden herausgerissen. Mit Franz Rother ist ein guter, treuer und charakterfester Mensch dahingegangen, dem ein gutes Gedenken bei seinen Kameraden und Freunden gesichert ist!

Zahlstelle Somborn. Im Februar starb unser Kamerad Gustav Meiß. Er war immer ein guter Kamerad. Wir werden seiner ehrend gedenken!

Zahlstelle Unterweißbach. Am 4. Januar verstarb plötzlich und unerwartet unser langjähriger Verbandskamerad Hermann Fischer im Alter von 65 Jahren. — Weiter entriß uns der Tod am 27. Februar unseren Kameraden Rudolf Fleischerbauer im Alter von 31 Jahren. Beide waren uns liebe Mitglieder und tapfere Mitstreiter. Ihr Andenken halten wir in Ehren!

Zahlstelle Wiescherhöfen. Am 24. Februar starb nach langem schweren Leiden unser Kamerad Konrad Göhe im Alter von 44 Jahren. Er gehörte seit 1912 dem Verband an und war immer ein treuer Mitkämpfer. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

Zahlstelle Zwickel. Am 11. Februar starb unser treues und langjähriges Mitglied Heinrich Wolf. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co. Bochum, Wiemelhäuser Straße 38-42, zu beziehen.

Von den Kohlen und den Mineralölen. Ein Jahrbuch für Chemie und Technik der Brennstoffe und Mineralöle. Herausgegeben von der Fachgruppe für Brennstoff- und Mineralöle des Vereins deutscher Chemiker. 3. Band 1930. 238 S., Großquart, mit 41 Tabellen und 106 Abbildungen. Verlag: Chemie-GmbH., Berlin W. 10. Preis 17 M., geb. 18 M.

Der dritte Band dieses Jahrbuches bringt die Vorträge, die gelegentlich der Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Frankfurt (Main) gehalten wurden und die daran anschließende Aussprache.

Können Sie Go spielen? Wahrscheinlich nicht, denn Go ist ein japanisches Nationalbrettspiel, das im Jahre 2000 v. Chr. in China erfunden und um 700 n. Chr. nach Japan gebracht wurde. Im 7. Band des „Großen Brochhaus“ (GAS—GZ, 796 Seiten, in Leinen 26 M., bei Rückgabe eines alten Legitons 23,50 M.) können wir darüber nachlesen, daß das Go-Spiel hohe Anforderungen an die Spielenden stellt und in seiner Bedeutung dem Schach gleichgestellt wird. Wissen Sie über Saatzeit, Düngung, Saatmenge, Saatzpflanz und Erntezeit unserer wichtigen Gemüsesorten Bescheid? „Der Große Brochhaus“, dieser Allweltschlüssel, sagt es Ihnen. Daneben werden Themen erörtert, die für unsere heutige Zeit von dem brennendsten Interesse sind: unter dem Stichwort „Gaskampf“ (mit 17 Abbildungen) erfahren wir, zu welcher Vollendung dieses fürchterliche Mittel moderner Kriegsführung gebracht worden ist, der Artikel „Geld“ zeigt die tausendfältigen Verflechtungen von Geldmarkt und Wirtschaftsleben (mit einer besonders instruktiven schematischen Darstellung: Wirtschaftlicher Geldkreislauf im Deutschen Reich). — Wenn man bedenkt, daß ein moderner Roman durchschnittlich 6 bis 8 M., oft auch noch mehr kostet, etwa 250 bis 300 Seiten und keine Abbildungen enthält, während ein solcher Band des „Großen Brochhaus“ den dreifachen Umfang hat, Tausende von einfarbigen und bunten Abbildungen und Karten bringt, wenn man ferner bedenkt, daß man einen Roman einmal liest und dann in den Bücherstapel stellt, während uns der „Große Brochhaus“ täglich und stündlich nützlich und unentbehrlich ist, dann staunen wir über den geringen Bezugspreis des Wertes, der einen Erwerb für wenige Mark im Monat ermöglicht, und wir stimmen dem Ausspruch des bekannten Naturforschers Dr. Raoul Franze zu, der gesagt hat: „Ich kenne kein deutsches Buch, das zu diesem Preise so viel bietet wie der „Große Brochhaus“.“

Die November-Revolution. Erinnerungen. Von Hermann Müller-Franken. Zweite durchgesehene Auflage. 31. bis 38. Tausend. 1931. Typographische Ausstattung: Jan Tschichold. München. 288 Seiten. Ganzleinen. Verlag: „Der Bücherkreis“, Berlin SW. 61. Preis 5,50 M.

Obwohl die Erstauflage in 30 000 Exemplaren herauskam, also in einer Auflagenhöhe, die für Werke solchen Inhalts ungewöhnlich hoch ist, war das Buch seit Jahr und Tag vergriffen. Unsere Leser werden gewiß recht zahlreich die erneut gebotene Gelegenheit benutzen, das Buch in ihren Bücherbestand aufzunehmen. Es ist auch rein äußerlich in der neuen modernen Aus-

